



Ernst Piper

Geschichte des Nationalsozialismus

Von den Anfängen bis heute



Bundeszentrale für
politische Bildung

Ernst Piper
Geschichte des Nationalsozialismus

Schriftenreihe Band 10291

Ernst Piper

Geschichte des Nationalsozialismus

Von den Anfängen bis heute

Ernst Piper, 1952 in München geboren, lebt heute in Berlin. Er ist apl. Professor für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam, Herausgeber mehrerer wissenschaftlicher Reihen und Autor zahlreicher Bücher zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Zuletzt erschienen *Nacht über Europa. Kulturgeschichte des Ersten Weltkriegs* (2014), *1945 – Niederlage und Neubeginn* (2015) und *Rosa Luxemburg. Ein Leben* (2018).

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung. Wir danken allen Lizenzgebenden für die freundlich erteilte Abdruckgenehmigung. Die Inhalte der im Text und im Anhang zitierten Internetlinks unterliegen der Verantwortung der jeweiligen Anbietenden; für eventuelle Schäden und Forderungen übernehmen die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb sowie der Autor keine Haftung.

Bonn 2018

© Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Projektleitung: Hildegard Bremer, bpb
Lektorat: Verena Artz

Umschlagfoto: © ullstein bild – Fritz Eschen, Januar 1945:
Hausfassade in Berlin-Wilmersdorf

Umschlaggestaltung, Satzherstellung und Layout:

Naumilkat – Agentur für Kommunikation und Design, Düsseldorf

Druck: Druck und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt/Main

ISBN: 978-3-7425-0291-9

www.bpb.de

Inhalt

Einleitung	7
I Anfänge	18
II Kampf	72
III »Volksgemeinschaft«	136
IV Krieg	242
V Schuld	354
VI Erinnerung	422
Anmerkungen	450
Zeittafel	462
Abkürzungen	489
Empfehlungen zur weiteren Lektüre	491
Bildnachweis	495

Einleitung

Dieses Buch ist eine Geschichte des Nationalsozialismus, keine deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts und auch keine Geschichte des »Dritten Reiches«. Natürlich werden auch viele Daten und Ereignisse der politischen Geschichte referiert. Im Kern aber geht es um den Nationalsozialismus als Ideologie und um die politische Bewegung, die vom Nationalsozialismus geprägt war. Diese politische Bewegung ist 1945 zerschlagen worden, aber die Ideologie kann auch heute noch Wirkungsmacht entfalten. Deshalb ist es wichtig, den Nationalsozialismus, der vor allem in den frühen Nachkriegsjahrzehnten nicht selten als »Betriebsunfall« (Friedrich Meinecke) innerhalb der deutschen Geschichte gesehen wurde, im Kontext der deutschen Kultur- und Ideengeschichte zu zeigen. Die hier vorliegende Darstellung setzt deshalb mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts ein und reicht bis zur Gegenwart.

Die sogenannte Kampfzeit, wie die Nationalsozialisten die Weimarer Republik nannten, soll ebenso geschildert werden wie die Zeit des Dritten Reiches, aber auch die Zeit seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Es soll deutlich werden, warum die NSDAP so viel erfolgreicher war als all die anderen völkischen, nationalistischen und antisemitischen Bewegungen, die sich damals in Deutschland tummelten. Auch wenn das Dritte Reich nur zwölf Jahre umfasste, also nur ein Zehntel des betrachteten Zeitraums, steht die Darstellung der Jahre, in denen die nationalsozialistische Bewegung die politische Macht usurpiert hatte, naturgemäß im Zentrum. Aber auch das Geschehen in den sieben Jahrzehnten, die seitdem vergangen sind, die Wirkungen und Nachwirkungen, die der Nationalsozialismus bis heute hat, sind für das Verständnis des Themas unentbehrlich.

Im ersten Kapitel »Anfänge« geht es zum einen um die ideologischen Quellen, aus denen sich der Nationalsozialismus speiste, zum anderen um die Gründung der NSDAP, die zunächst DAP hieß. Zur dominierenden Figur dieser Partei wurde sehr bald Adolf Hitler, dem es innerhalb weniger Jahre gelang, die damals noch kleine nationalsozialistische Bewegung zu einer eigenständigen politischen Kraft zu formen. In weiten Teilen Euro-

pas, besonders aber im Deutschen Reich hatte sich im Lauf des 19. Jahrhunderts ein Radikalnationalismus entwickelt, dessen extremste Ausformung die nationalsozialistische Ideologie war, in deren Zentrum ein radikaler, eliminatorischer Antisemitismus stand. Im November 1923 versuchte Hitler mit Hilfe eines Putsches die Macht im Staat an sich zu reißen, aber das Unternehmen scheiterte kläglich. Die NSDAP wurde verboten und Hitler und seine Mitstreiter wurden zu Haftstrafen verurteilt.

Das zweite Kapitel »Kampf« umfasst die Jahre 1925 bis 1933, also von der Wiedenzulassung der NSDAP bis zur »Machtergreifung« im Januar 1933. In dieser Zeit entwickelte sich die Partei zur ersten Volkspartei im modernen Sinne, ohne regionale, soziale oder konfessionelle Beschränkungen, mit einer schlagkräftigen Organisation und einer autoritären, ganz auf den »Führer« ausgerichteten Struktur. Die NSDAP war nach ihrem Selbstverständnis eine Partei, die, anders als die völkischen Nationalisten, auch ein sozialpolitisches Programm hatte, aber den Internationalismus der Sozialisten und Kommunisten ablehnte. Sie wollte Nationalismus und Sozialismus vereinen und war nach ihrem Selbstverständnis eine Partei der »radikalen Mitte«. Dabei gelang es ihr durch ihren Aktivismus und Radikalismus, das Wählerreservoir der anderen rechten Parteien zunehmend aufzusaugen, Millionen von Nichtwählern zu mobilisieren und das liberale Bürgertum zunehmend in die Defensive zu drängen. Nach ihrem sensationellen Wahlsieg im September 1930 wurde die NSDAP zur Massenpartei, 1932 gelang der Sturz der sozialdemokratisch geführten Regierung in Preußen, dennoch folgte Ende des Jahres ein Rückschlag für die zunehmend erschöpfte Partei. Angesichts der Uneinigkeit und Kurzsichtigkeit seiner Gegner erreichte Hitler in letzter Sekunde sein Ziel.

Thema des dritten Kapitels, das die Zeit 1933 bis 1939 umfasst, ist die nationalsozialistische »Volksgemeinschaft«. Der Nationalsozialismus schuf die Vision einer »Volksgemeinschaft des nationalen Sozialismus«, die zugleich das Destruktionspotential eines exklusiven Nationalismus und die formative Gewalt einer autoritären Sozialutopie in sich trug. »Du bist nichts, Dein Volk ist alles« lautete eine populäre Parole der Nationalsozialisten. Der Einzelne bewährte sich als Teil des Volksganzen. Die bürgerliche Gesellschaft verwandelte sich durch einen aktiven Prozess der Ausgrenzung von Oppositionellen, Juden, »Gemeinschaftsfremden« und »Ballastexistenzen« in eine rassistische Volksgemeinschaft. Schon 1920 hatte die NSDAP im Punkt 1 ihres Parteiprogramms den »Zusammenschluss aller Deutschen [...] zu einem Großdeutschland gefordert«¹. Schritt für Schritt wurden nun die 1919 geschaffenen Grenzen verändert, wobei der bedeutsamste Gebietszuwachs zweifellos die Eroberung Österreichs

war. Zugleich wandelte sich die NSDAP vom organisatorischen Träger einer ideologischen Bewegung zur Staatspartei einer Diktatur.

Im vierten Kapitel geht es um den Krieg. Die Macht wurde immer noch radikaler auf eine Person konzentriert, der »Führerstaat« entstand. Hitler war Parteivorsitzender der Staatspartei, Gesetzgeber, Gerichtsherr, Regierungschef, Staatschef und militärischer Führer. Das deutsche Volk war auf Gedeih und Verderb mit dem Diktator verbunden, die Soldaten leisteten ihren Eid auf Hitler persönlich – »Führer befiehl, wir folgen Dir«. Der Absolutheitsanspruch des Nationalsozialismus duldet keine anderen Ideologien neben sich. Nachdem er bereits große Teile Europas unterworfen hatte, führte Hitler einen ideologischen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion. Die ab 1941 eroberten Gebiete im Osten sollten als Siedlungsraum für das deutsche »Volk ohne Raum« dienen und außerdem Lebensmittel und andere Bedarfsgüter liefern, um sowohl die kämpfende Truppe als auch die Heimatfront zu ernähren. Ihre dritte wichtige Funktion war die Lieferung von Arbeitskräften. Bei Kriegsende arbeiteten mehr als 7,5 Millionen Zwangsarbeiter in der deutschen Wirtschaft.

Die beiden letzten Kapitel heißen »Schuld« und »Erinnerung«. Sie behandeln die Zeit seit 1945. Zunächst geht es um die Überwindung des nationalsozialistischen Unrechtsstaats, die Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien und die Rückkehr Deutschlands in den Kreis der zivilisierten Nationen, die Verfolgung und Bestrafung von NS-Gewaltverbrechen und Kriegsverbrechen und die Schaffung einer nach innen wie nach außen gefestigten Demokratie. Der zweite entscheidende Aspekt neben dem Umgang mit der Schuld ist die Erinnerung an das Geschehene, die in den ersten Nachkriegsjahrzehnten oftmals im Schatten der Schuldabwehr stand. Das galt für die Bundesrepublik, wo es vielen, auch schwerstbelasteten Funktionsträgern gelang, ihre Karrieren unter fundamental veränderten Umständen mehr oder weniger bruchlos fortzusetzen. Aber auch in der DDR gab es solche Kontinuitäten, wenn auch deutlich schwächer ausgeprägt, da die Machtübernahme der Kommunisten einen weitgehenden Austausch der Funktionseliten zur Folge hatte. Der von oben verordnete Antifaschismus wurde in der DDR zu einem zentralen Bestandteil der Staatsräson, die Erinnerung an den Holocaust dramatisch verkürzt.

Nach langen Auseinandersetzungen, wie sie bei der Aufarbeitung der Hinterlassenschaft von Diktaturen mehr oder weniger unvermeidlich sind, gelang die Entwicklung einer Memorialkultur, die inzwischen weltweit als vorbildlich anerkannt ist. In Deutschland, dem Land der Täter, hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass gerade das Bekenntnis auch zu den dunklen Seiten der deutschen Geschichte die Voraussetzung dafür ist, dass die

Wahrnehmung Deutschlands durch die internationale Völkergemeinschaft sich nicht auf diesen Aspekt reduziert und dass aus dem Mut zur Erinnerung die Kraft für Neues erwachsen kann.

*

Der Titel des Buches lautet »Geschichte des Nationalsozialismus« und ist mit Bedacht gewählt. Mit »Nationalsozialismus« ist die Ideologie, die politische Bewegung, aber auch die damit verbundene Staatlichkeit gemeint. Lange Zeit war die gebräuchlichste Bezeichnung für das Deutsche Reich zwischen 1933 und 1945 »Drittes Reich«. Das erste Reich sollte nach dieser Zählung das Heilige Römische Reich Deutscher Nation sein, das bis 1806 bestand, das zweite Reich war das deutsche Kaiserreich von 1871 bis 1918. Adolf Hitler selbst war kein großer Freund des Begriffs »Drittes Reich«. Er sprach lieber vom Tausendjährigen Reich, wobei der Zeitraum von 1000 Jahren einen Ewigkeitsanspruch symbolisieren sollte. Nach der Besetzung Österreichs im März 1938 sprach man auch vom Großdeutschen Reich. Am 10. Juli 1939 kam sogar eine Anweisung des Propagandaministeriums an die deutsche Presse heraus, dass der Begriff »Drittes Reich« künftig vermieden werden solle. So richtig durchgesetzt hat sich diese Anweisung allerdings nicht. Das ist wohl auch der Grund dafür, dass dieser Begriff, der in Wirklichkeit eine lange Geschichte hat, heute der NS-Terminologie zugerechnet und zunehmend vermieden oder in Anführungszeichen gesetzt wird.

Auch der Begriff »Nationalsozialismus« hat eine Geschichte, die weit ins 19. Jahrhundert zurückreicht, heute im allgemeinen Bewusstsein aber nicht mehr präsent ist. 1920 ist er durch die Umbenennung der DAP in NSDAP auch von den Nationalsozialisten adaptiert worden. Die Nationalsozialisten sahen sich selbst als eine politische Kraft der Mitte, die schon in ihrem Namen den Anspruch erhob, Nationalismus und Sozialismus im Sinne der deutschen Sache zusammenzuführen. Wenn die NPD sich heute »Die soziale Heimatpartei« nennt, ist das ein spätes Echo der Grundidee, Nationalismus und Sozialismus zu vereinen.

Von kommunistischer Seite ist die Eigenbezeichnung der Nationalsozialisten vehement abgelehnt worden. Auch nach 1945 scheuten DDR-Historiker, und mit ihnen westdeutsche Marxisten, den Begriff »Nationalsozialismus« wegen des Wortbestandteils Sozialismus wie der Teufel das Weihwasser. Sie sprachen stattdessen vom »deutschen Faschismus« oder auch vom »Hitler-Faschismus«. Faschismus war ursprünglich die Eigenbezeichnung der politischen Bewegung, die unter Führung von Benito Mussolini

in Italien 1922 durch den »Marsch auf Rom« an die Macht kam. Es war dies der erste Sieg einer faschistischen Bewegung in Europa und bald wurde der Begriff »Faschismus« zum Sammelbegriff für extreme nationalistische, nach dem Führerprinzip organisierte, antiliberalen und antikommunistischen Bewegungen, die versuchten, die parlamentarischen Demokratien in Diktaturen umzuwandeln. Diese Verallgemeinerung des Faschismusbegriffs zu einer womöglich sogar universalgeschichtlich benutzbaren Gattungsbezeichnung hat zu vielen Diskussionen Anlass gegeben und immer wieder zu Versuchen einer allgemeinen Definition des Faschismusbegriffs geführt.² Inwieweit auch der Nationalsozialismus unter den Begriff Faschismus subsumiert werden kann, ist bis heute umstritten.

Als erster nichtmarxistischer Historiker hat Ernst Nolte den Begriff Faschismus zur Kategorisierung des Nationalsozialismus benutzt. Dabei verfolgte er allerdings ein gänzlich anderes Ziel als die Marxisten. Nach Noltens Überzeugung machten den ideologischen Kern des Nationalsozialismus nicht Rassismus und Antisemitismus aus, sondern der Antibolschewismus. Ein zentraler Satz seines Buches »Der Faschismus in seiner Epoche« lautet: »Faschismus ist Antimarxismus, der den Gegner durch die Ausbildung einer radikal entgegengesetzten und doch benachbarten Ideologie und die Anwendung von nahezu identischen und doch charakteristisch umgeprägten Methoden zu vernichten trachtet, stets aber im undurchbrechbaren Rahmen nationaler Selbstbehauptung und Autonomie.«³ Die Judenvernichtung war demgegenüber nach Noltens Überzeugung nur ein »Nebenprodukt« des NS-Regimes.

Nolte brachte das Kunststück fertig, gleichzeitig die ideologische Nähe zum Kommunismus und den unideologischen Charakter des Nationalsozialismus zu postulieren. In »Der europäische Bürgerkrieg« argumentierte er ein Vierteljahrhundert später auf derselben Linie: »Hitler und Alfred Rosenberg und Heinrich Himmler waren nicht ursprünglich Ideologen, sondern Künstler, liberale Angehörige freier Berufe, Kleinbürger, die durch ungeheure Ereignisse beunruhigt und verstört waren, die nach Antworten suchten und über die Schwäche ihrer Regierungen erzürnt waren.«⁴ In die Sprache heutiger politischer Auseinandersetzungen übersetzt, würde man sagen: Hitler, Rosenberg und Himmler waren »besorgte Bürger«. Mit solchen Thesen, vor allem aber auch mit seiner Positionierung im »Historikerstreit« hat der einst einflussreiche Historiker Nolte sich in der Geschichtswissenschaft weitestgehend isoliert.

Ich plädiere dafür, für die in Deutschland geschichtsmächtig gewordene Bewegung auch weiterhin den Begriff »Nationalsozialismus« zu benutzen, weil er die Sache am treffendsten bezeichnet. Der Begriff »Faschismus«

ist demgegenüber doppeldeutig und in jedem Fall weniger präzise. Zum einen bezeichnet er die in Italien zur Macht gelangte Bewegung Mussolinis. Zum anderen ist er ein generischer Begriff, unter den man, wenn er weit genug gefasst ist, auch den Nationalsozialismus subsumieren kann. Das sollte allerdings nicht dazu führen, dass die erheblichen Unterschiede zwischen den verschiedenen faschistischen Bewegungen und Regimen übersehen werden. Insbesondere sollten die Unterschiede zwischen dem Nationalsozialismus und dem italienischen Faschismus nicht übersehen werden. Sie sind sehr bedeutend, auch wenn beide Regime im Zweiten Weltkrieg miteinander verbündet waren. Beide Bewegungen gingen aus dem Zusammenbruch der alten Welt am Ende des Ersten Weltkriegs hervor und entwickelten eine Kultur der ostentativen Gewaltanwendung. Dabei richteten sich die Gewaltaktionen der paramilitärischen »fasci di combattimento« gegen politische Gegner, sozialistische und katholische Gewerkschaftler, Juden und nationale Minderheiten mit dem Ziel, sich in dem so provozierten Bürgerkrieg als Ordnungsmacht zu präsentieren. Im Mittelpunkt der nationalsozialistischen Kultur der Gewalt stand von Anfang an der »Antisemitismus der Tat« (Michael Wildt). Und während Mussolini davon träumte, Italien zur führenden Macht im Mittelmeerraum zu machen, war Hitler bei seinem »Weltkampf« gegen das Judentum von imperialen Ambitionen globalen Ausmaßes getrieben.

Der italienische Faschismus, der schon 1922 an die Macht kam, hatte in der Zwischenkriegszeit einen großen Einfluss auf andere faschistische Bewegungen in Europa. Mussolinis »Marsch auf Rom« war das unmittelbare Vorbild für den Hitler-Putsch im Jahr darauf, der die Initialzündung für einen Marsch auf Berlin sein sollte, allerdings kläglich scheiterte. Doch während es den Faschisten mehr um die Macht im Staat ging, war der Nationalsozialismus eine primär rassistische Ideologie. Viel wichtiger als der Staat war das Volk, die exklusive Volksgemeinschaft. Die faschistische Ideologie hatte einen antiideologischen und pragmatischen Charakter, sie manifestierte sich mehr in der Ästhetik als in einer konsistenten Theorie.⁵ Dem Faschismus ist mit einem statischen Merkmalskatalog kaum beizukommen. Der amerikanische Historiker Robert Paxton hat deshalb einen Definitionsrahmen vorgeschlagen, der vor allem den Prozesscharakter faschistischer Bewegungen betont.⁶

Ziel des nationalsozialistischen »Sozialismus« war die Überwindung der sozialen Gegensätze durch den Appell an die gemeinsame Nation, war nicht Egalität, sondern Homogenität. Der Einzelne zählte nichts, seine Bedeutung bestand darin, Glied der Volksgemeinschaft zu sein. Der entscheidende Bezugspunkt war nicht die Nation im staatsrechtlichen Sinne, son-

dern das Volk, sodass der Begriff Nationalsozialismus etwas Tautologisches hat, weil Nationalismus und Sozialismus letztendlich die gleiche Sache meinen. Auch wenn Hitler sich von der völkischen Bewegung abgrenzte, vertrat er doch einen ethnischen Nationalismus, dem es nicht um Staatsangehörigkeit, sondern um Volkszugehörigkeit ging. »Völkisch« ist nichts anderes als die Einddeutschung des Begriffes »national«. Die NSDAP war in ihren Anfängen auch Teil der völkischen Bewegung. Doch die Partei suchte unter Hitlers Einfluss sehr bald die Alleinstellung. Außerdem wollte Hitler die NSDAP zu einer modernen Partei machen und sich von der Altväterlichkeit und Rückwärtsgewandtheit der Völkischen abgrenzen.

Wenn wir, der konventionellen politischen Geografie folgend, den Nationalsozialismus auf der äußersten Rechten sehen, so besetzen den Platz ganz links die Kommunisten. Die KPD war die deutsche Sektion der Kommunistischen Internationale, die 1919 in Moskau gegründet worden war, wo auch das Exekutivkomitee seinen Sitz hatte. Die Kommunisten vertraten die von Stalin entwickelte These vom Sozialfaschismus. Nach dieser Theorie war »der Faschismus [...] eine Kampforganisation der Bourgeoisie, die sich auf die aktive Unterstützung der Sozialdemokratie stützt. Die Sozialdemokratie ist objektiv der gemäßigte Flügel des Faschismus.«⁷ Der Faschismus war die Diktatur des Finanzkapitals⁸, während die Kommunisten für die Diktatur des Proletariats kämpften. Mit der Sozialfaschismusthese stellten die Kommunisten die Sozialdemokraten in die unmittelbare Nähe der NSDAP, was offensichtlich absurd war, weil die SPD die wichtigste politische Kraft war, die bis zuletzt die Weimarer Demokratie verteidigte. Zugleich wurde eine Einheitsfront gegen rechts, wie es sie zur erfolgreichen Abwehr des Kapp-Putschs gegeben hatte, unmöglich gemacht. Die Sozialfaschismusthese hatte auch in anderen Ländern, z.B. Frankreich und Spanien, fatale Folgen. Verworfen wurde sie erst vom VII. Weltkongress der Komintern im Juli 1935.

Eine wieder ganz andere Perspektive nimmt die Totalitarismustheorie ein. Sie geht auf die Philosophin Hannah Arendt zurück, die zuerst das schlechthin Neue totaler Herrschaft analysiert hat, das über Despotie oder Tyrannei Hinausgehende, die Bedrohung der Humanität in ihrem Kern, wobei es gewiss kein Zufall ist, dass die ersten 200 Seiten ihrer Untersuchung dem Antisemitismus gewidmet sind.⁹ Der totale Staat wollte einen neuen Menschen hervorbringen; er war nicht damit zufrieden, dass die Untertanen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse hinnahmen, sondern er forderte aktive Zustimmung und bedingungslose Hingabe. Eine alles überwölbende Ideologie duldet keine weltanschauliche Konkurrenz. Die totale Mobilisierung der Bevölkerung kennzeichnet den totalen Staat, des-

sen Ziele von einer Weltanschauungselite legitimiert werden. Zugleich ist nicht für jeden Platz, der in diesen Staat hineingeboren wird. Die Konzentrationslager sind die Laboratorien des totalen Staates, hier manifestiert sich der Anspruch auf die totale Verfügung über den Menschen, bis hin zu seiner Auslöschung.

Hitler und Stalin waren die prominentesten Protagonisten totalitärer Staatlichkeit. Beide waren gleichermaßen von der Überlegenheit sozial, national oder rassistisch homogener Gesellschaftsordnungen überzeugt. Wer ihren Kriterien nicht entsprach, wurde zum Feind – und konnte diesem Status nicht entinnen. Die Vernichtung der Feinde diente in den Augen der totalitären Herrscher einem höheren Ziel.

Die Totalitarismustheorie ist ein Kind des Kalten Krieges. Der liberale Westen propagierte einen antitotalitären Konsens und ging von einer grundsätzlichen Gleichartigkeit der strukturell ähnlichen, aber politisch antagonistischen Systeme Nationalsozialismus und Stalinismus aus. Kann man die beiden Systeme wirklich gleichsetzen? Das wohl nicht, aber natürlich kann man sie vergleichen. Vergleiche sind immer dann am fruchtbarsten, wenn das zu Vergleichende nicht zu ähnlich, aber auch nicht zu verschieden ist, sodass man durch den Vergleich die Unterschiede herausarbeiten kann.

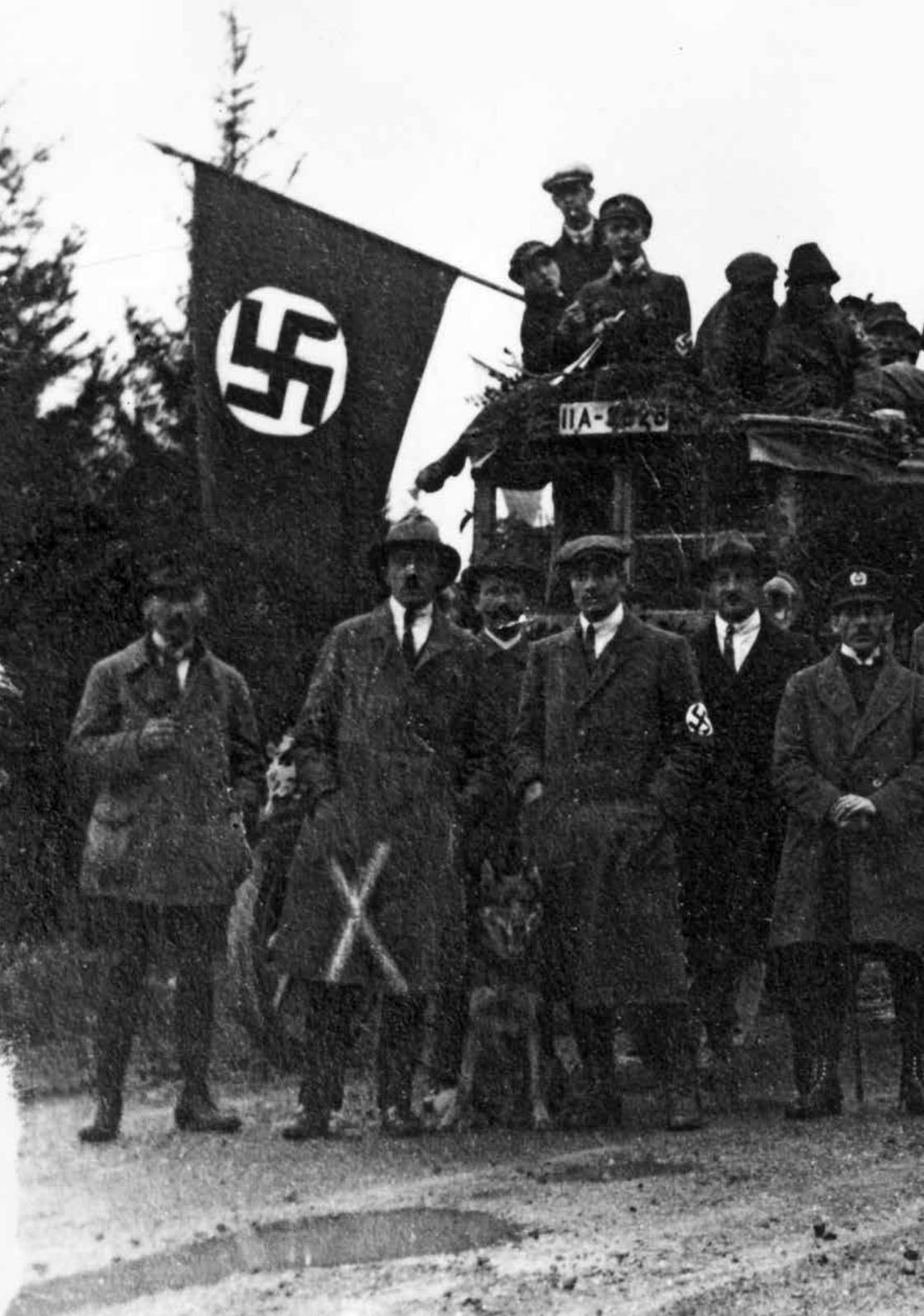
Mit Stalins Tod verlor die politische Praxis der Sowjetunion ihren offen terroristischen Charakter. Eine vergleichbare nationalsozialistische Tauwetterperiode nach Hitlers Tod wäre nicht denkbar gewesen. Einmal in Gang gesetzt, war die destruktive Eigendynamik des NS-Regimes nicht mehr aufzuhalten, es war in seinem rassistischen und manichäischen Weltbild gefangen und ideologisch nicht modernisierbar. Hitler war nicht wie sein Gegenspieler im Kreml vom Verfolgungswahn getrieben, sein Vernichtungswille hatte globale Dimensionen. Hier zeigt sich ein grundsätzlicher Unterschied des Nationalsozialismus zum Faschismus wie zum Kommunismus. In Ländern wie Spanien, Portugal oder Chile hat es einen mehr oder weniger friedlichen Übergang von faschistischen Regimen zurück zu demokratischen Verhältnissen gegeben. Selbst in Italien war ein Regimewechsel durch die Absetzung Mussolinis möglich. Auch in der Sowjetunion und den anderen Ländern des Ostblocks vollzog sich der Übergang von der kommunistischen Diktatur zur Demokratie in den meisten Fällen relativ friedlich. Um das von Adolf Hitler regierte Deutschland zu besiegen, bedurfte es einer Koalition, der zuletzt 53 Staaten angehörten, die Millionen von Soldaten in Marsch gesetzt hatten.

Auschwitz ist die Signatur dieses Abschnitts der deutschen Geschichte. Man verkleinert nicht Gräueltaten anderer totalitärer Regime, wenn man feststellt, dass der Versuch, eine ganze Ethnie systematisch auszulö-

schen, ein einzigartiger Vorgang war. Der amerikanische Historiker Raul Hilberg, als Kind einer aus Galizien stammenden jüdischen Familie in Wien geboren, hat über die Vernichtung der europäischen Juden geschrieben: »Geschichte lässt sich nicht ungeschehen machen, erst recht nicht die Geschichte dieses Ereignisses, das im Zentrum einer Erschütterung stand, die die Welt verändert hat. Diese Vergangenheit nicht zu kennen heißt, sich selbst nicht zu kennen.«¹⁰

Inszenierungen der Einschüchterung: Propagandafahrt der NSDAP in Oberbayern, um 1922, Zweiter von links (angekreuzt): Adolf Hitler, rechts hinter ihm sein Leibwächter Ulrich Graf





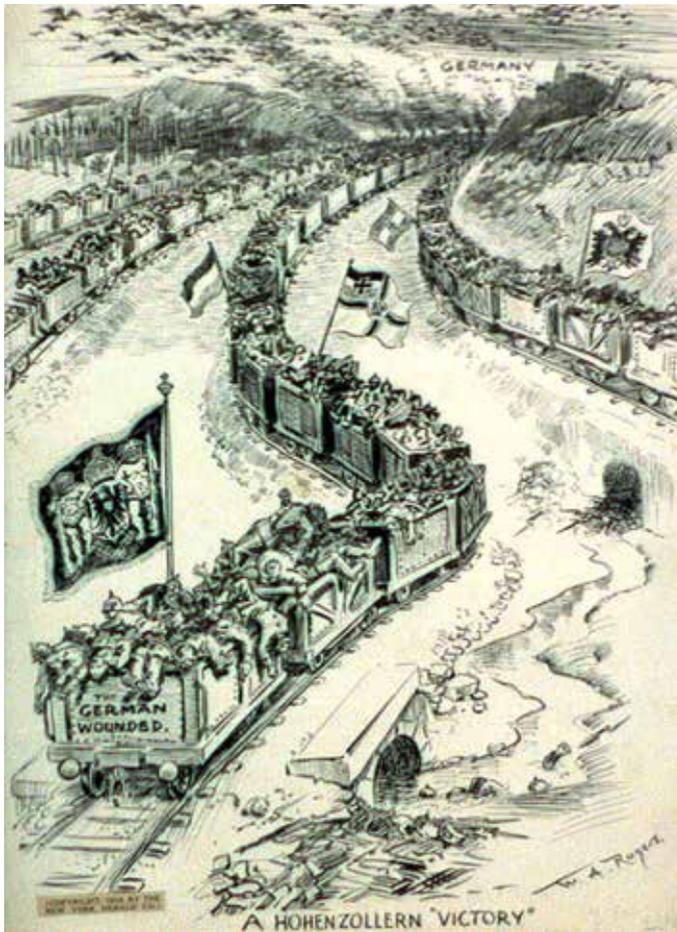


I Anfänge

Am 19. März 1918 gründete der Werkzeugschlosser Anton Drexler gemeinsam mit 27 Arbeitskollegen der Königlich Bayerischen Staatsbahn-Centralwerkstätte in einer Münchner Gaststätte den »Freien Arbeitsausschuss für einen guten Frieden«. Drexler, der für den Wehrdienst nicht tauglich gewesen war, hatte sich zuvor der Deutschen Vaterlandspartei (DVLP) angeschlossen. Die DVLP war im September 1917 als Reaktion auf die von der SPD, dem katholischen Zentrum und der liberalen Fortschrittspartei im Deutschen Reichstag durchgesetzte Friedensresolution gegründet worden. In dieser Resolution forderte diese linksliberale Mehrheit des Reichstages einen »Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker«. Die DVLP, deren Gründer Realitätsblindheit mit Patriotismus verwechselten, gewann, nicht zuletzt im Wege kollektiver Beitritte, in kurzer Zeit mehr als 1,2 Millionen Mitglieder und entwickelte sich rasch zu einem Sammelbecken aller völkischen, nationalistischen und monarchistischen Kräfte. Obwohl die militärische Situation spätestens nach dem Kriegseintritt der USA für das Deutsche Reich sehr schwierig geworden war, setzten diese Kräfte auch im vierten Kriegsjahr noch immer auf einen Siegfrieden. Es war ein letztes verzweifelt Aufbäumen der alten Eliten des Kaiserreichs, die sich gegen die überfällige Parlamentarisierung sperrten und von einer plebiszitären Militärdiktatur unter der Führung von General Erich Ludendorff und Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, den Chefs der Obersten Heeresleitung, träumten.

Die Vaterlandspartei trug aber auch schon Züge einer faschistischen Massenbewegung. In ihr sammelten sich die maßgeblichen antidemokratischen Kräfte wie Wolfgang Kapp, einer der Namensgeber des Kapp-Lüttwitz-Putsches von 1920 (s. S. 30), oder der nationalistische Medienunternehmer Alfred Hugenberg. Der Historiker Friedrich Meinecke nannte die Partei »ein genaues Vorspiel für den Aufstieg Adolf Hitlers«¹¹. Tatsächlich haben wir im Krisenjahr 1917 bereits die politische Konstellation vor uns, die die Weimarer Republik bis zu ihrem Ende prägen wird. Auf der einen Seite die Parteien der Friedensresolution, die in der Weimarer Repu-

blick die »Weimarer Koalition« bilden sollten, bestehend aus dem katholischen Zentrum, den Liberalen der Deutsche Demokratische Partei (DDP) und der SPD, von der sich die Kommunisten abspalteten. Auf der Gegenseite die Vaterlandspartei, die sich am 10. Dezember 1918 auflöste. Viele ihrer Führer, z. B. Alfred Hugenberg, schlossen sich der kurz zuvor gegründeten Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) an.



»Ein Sieg der Hohenzollern«, Zeichnung von William Allen Rogers, in: New York Herald, 31. März 1918 (Cabinet of American Illustration, Library of Congress)

Die Bestimmungen des Friedensvertrags von Versailles



- Grenze des Deutschen Reiches 1914
- Grenze des Deutschen Reiches 1921
- sonstige Staatsgrenze
- internationalisierter Fluss/Kanal (Versailler Vertrag, Art. 331)

- Gebietsabtretungen Deutschlands
- 331 000 Einwohner im abgetretenen Gebiet
- Gebiet unter Verwaltung des Völkerbundes
- entmilitarisiertes Gebiet
- besetzte Gebiete
- Abstimmungsgebiete

1 15 Jahre unter Verwaltung des Völkerbundes, nach Volksabstimmung 1935 bei Deutschland verblieben

LUX. Luxemburg

L. Liechtenstein

1 : 9 000 000

0 200 km

© mr-kartographie, Gotha 2018

Am 9. November 1918 hatte Reichskanzler Prinz Max von Baden die Abdankung von Kaiser Wilhelm II., der sich zu diesem Zeitpunkt bereits im niederländischen Exil befand, bekannt gegeben. Gleichzeitig übertrug er die Leitung der Regierungsgeschäfte dem Sozialdemokraten Friedrich Ebert als dem Repräsentanten der mit Abstand größten Fraktion im Deutschen Reichstag. Das war das Ende des 1871 in Versailles so glanzvoll proklamierten deutschen Kaiserreiches. Am 11. November unterzeichneten der Leiter der deutschen Delegation, der Zentrumspolitiker Matthias Erzberger, und Marschall Ferdinand Foch als Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte einen Waffenstillstandsvertrag im Wald von Compiègne, 80 Kilometer nördlich von Paris. Für das Deutsche Reich bedeutete dieser Waffenstillstand die bedingungslose Kapitulation. Der Krieg, der so viele Opfer gekostet hatte, war unwiderruflich verloren.

13 Millionen deutsche Soldaten hatten im Feld gestanden, zwei Millionen waren gefallen, weitere zwei Millionen waren verletzt worden. Die Zahl der Ziviltoten betrug 700 000, die meisten von ihnen waren durch Unterernährung und Entkräftung ums Leben gekommen. 194 Milliarden Goldmark hatte das Deutsche Reich für den Krieg aufgewendet. Durch Reparationszahlungen, die man nach dem Sieg den Feindstaaten auferlegen wollte, sollte das Geld wieder hereinkommen. Aber der Sieg war ausgeblieben. Am 28. Juni 1919 musste die deutsche Delegation in Versailles einen Friedensvertrag unterzeichnen, dessen Bedingungen sehr hart waren. Die Gebietsverluste, die das Deutsche Reich auf Grund des Friedensvertrages hinnehmen musste, machten etwa 13% seines Territoriums aus. Die wirtschaftlichen Belastungen, Reparationszahlungen bei gleichzeitiger Liquidierung deutscher Auslandsguthaben und handelspolitischen Beschränkungen, waren groß. Das Rheinland wurde entmilitarisiert, das Saarland bis zu einer für 1935 angesetzten Volksabstimmung vom Deutschen Reich abgetrennt.

Der Werkzeugschlosser Anton Drexler blieb auch nach der militärischen Niederlage politisch aktiv. »Mein politisches Erwachen« nannte er sein 1919 erschienenes »Tagebuch eines deutschen sozialistischen Arbeiters«, das in völkischen Kreisen ein beachtliches Echo fand. Mit der Schrift warb er für einen »Politischen Arbeitszirkel«, der am 2. Oktober 1918 seine erste öffentliche Versammlung abgehalten hatte. An ihr hatte auch der Sportreporter Karl Harrer teilgenommen, der Mitglied der rechtsradikalen Thule-Gesellschaft war, eines in München tätigen Geheimbundes. Er sollte die Arbeiterschaft für die völkischen und antisemitischen Ideen der Thule-Gesellschaft gewinnen. Schon bald, am 5. Januar 1919, wurde eine Partei gegründet, wobei aus dem von Drexler vorgeschlagenen Namen »Deut-

sche Sozialistische Arbeiterpartei« auf Harrers Einspruch hin das Wort »sozialistisch« gestrichen wurde. Harrer wurde »Reichsvorsitzender« der Deutsche Arbeiterpartei (DAP), Drexler war sein Stellvertreter und Vorsitzender der ersten und einzigen Ortsgruppe in München.

Drexlers Erinnerungsbuch »Mein politisches Erwachen« ist in gewisser Weise die erste nationalsozialistische Programmschrift. Er versuchte, durch die Schilderung seines Werdeganges die Arbeiterschaft für seine Ziele zu gewinnen. Immer wieder stellte sich ihm die Frage, »ob ich meine sozialistische Denkungsart wirklich ganz der Sozialdemokratie angliedern müßte. Und nur unter schweren inneren Kämpfen bin ich meinem National-Sozialismus treu geblieben [...]«¹² Drexler propagierte einen National-Sozialismus, d. h. eine nationalistische Volksgemeinschaft, die den »bewußten Mißbrauch[...] des Sozialismus durch volksfremde Führer (zur Erreichung jüdischer Weltherrschaftsziele)«¹³ bekämpfen wollte.

Erst nach den unruhigen Wochen der Münchner Räterepublik, die vom 7. April bis 1. Mai in München regiert hatte und dann mit großer Brutalität vom Militär unterdrückt worden war, veranstaltete die DAP am 17. Mai 1919 wieder eine Versammlung; es erschienen zehn Mitglieder. Wieder einige Monate später, am 12. September, waren es immerhin 41 Personen, unter ihnen befand sich erstmals auch Adolf Hitler. Geboren im österreichischen Braunau am Inn, war Hitler 1913 auf der Flucht vor dem Militärdienst im habsburgischen Vielvölkerstaat nach München gekommen. 1914 trat er in die bayerische Armee ein. Er nahm im Oktober 1914 an der ersten Flandernschlacht teil, wurde zum Gefreiten befördert und mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse ausgezeichnet. Hitler war den ganzen Krieg hindurch als Meldegänger tätig, d. h., er wurde einige Kilometer hinter der Front eingesetzt und hatte die Aufgabe, Befehle des Regimentsstabes den Bataillonsstäben zu überbringen. Auch ein Meldegänger konnte unter feindlichen Beschuss geraten, aber er war doch viel geringeren Gefahren ausgesetzt als die Kameraden, die in den Schützengräben unmittelbar an der Front lagen und immer wieder zu Sturmangriffen ausrücken mussten.

Neben anderen Auszeichnungen erhielt Hitler 1918 für seine Tapferkeit auch das Mannschaftsgraden selten verliehene Eisernes Kreuz I. Klasse, wurde aber nicht befördert. Im Oktober 1918 wurde er Opfer eines Giftgasangriffs und erblindete vorübergehend. Im ersten Band von »Mein Kampf«, einer stark stilisierten Autobiografie, hat Hitler seine Soldatenzeit mit vielen erfundenen Geschichten ausgeschmückt und sich in diesem Heldenepos zu einem Frontsoldaten stilisiert, der in den mörderischen Schlachten des Stellungskriegs an der deutsch-französischen Front täglich dem Tod ins

Auge gesehen habe, um das deutsche Vaterland zu verteidigen, während jüdische Drückeberger sich bequeme Posten in der Etappe, also abseits des Frontgeschehens, verschafft hätten. Diese Selbststilisierung spielte später für seine Legitimation als Politiker und Agitator eine sehr wichtige Rolle.

Im Mai 1919 stellte Hitler, der gerne seine Demobilisierung vermeiden wollte, sich der nach der Niederlage aus den deutschen Streitkräften neu gebildeten Reichswehr zu Verfügung. Bei den propagandistischen Schulungskursen fiel sein Rednertalent rasch auf, ebenso seine »nationale Zuverlässigkeit«. Zunächst wurde er als Spitzel gegen revolutionäre Soldaten eingesetzt und erhielt eine Ausbildung als V-Mann. Hitlers Führungsoffizier war Hauptmann Karl Mayr, der Leiter der Nachrichten- und Aufklärungsabteilung des Münchner Gruppenkommandos der Reichswehr. Am 12. September 1919 erteilte Mayr Hitler den Auftrag, eine Versammlung der DAP zu observieren, die im Sterneckerbräu stattfand, dem Versammlungslokal der Partei.

Vier Tage später besuchte Hitler erneut eine Versammlung und schloss sich der DAP an, die damals erst 54 Mitglieder hatte. Er erhielt die Mitgliedsnummer 555 (die Hunderter wurden bei der Nummerierung vorangeht, damit es eindrucksvoller wirkte) und trat als siebtes Mitglied in den Arbeitsausschuss ein, wo er für Propaganda zuständig war. Dies war der Ausgangspunkt für die auch von Hitler selbst gepflegte Legende, er sei das siebte Mitglied der Partei gewesen. Hitler vertrat ebenso wie Drexler, der ihn angeworben hatte, einen offensiven Kurs. Beide wollten aus der DAP eine radikale Massenorganisation machen und möglichst viele Angehörige der Arbeiterschaft und des unteren Mittelstands ansprechen. In Opposition dazu stand der »Reichsvorsitzende« Karl Harrer, der die DAP wie die Thule-Gesellschaft als Geheimorganisation führen wollte, sich mit diesem Kurs aber nicht durchsetzen konnte und in der Partei bald keine Rolle mehr spielte.

Aus dieser Zeit stammt ein Schlüsseldokument für die Geschichte des Nationalsozialismus. Hitler hatte in den Schulungskursen der Reichswehr als temperamentvoller Diskussionsteilnehmer auf sich aufmerksam gemacht und war daraufhin auch selbst als Referent eingesetzt worden. Einer der Zuhörer, der Soldat Adolf Gemlich, fragte daraufhin nach weiteren Informationen zur Judenfrage bei Mayr an, der Gemlichs Brief zur Beantwortung an Hitler weitergab. Adolf Hitlers ausführliches Antwortschreiben vom 16. September 1919 ist das erste politische Dokument aus seiner Feder, das wir besitzen. Es zeigt bereits den Kern seiner Weltanschauung:¹⁴ Die Juden sind »unbedingt Rasse und nicht Religionsgemeinschaft«. Auch wenn sie keinen eigenen Staat haben, bewahren sie durch

»tausendjährige Inzucht« ihre rassischen Eigenschaften. Die Juden streben mehr als alles andere nach Geld und Macht, sind skrupellos in der Wahl ihrer Mittel und erbarmungslos in ihrer Verwendung. Um sich ihrer zu erwehren, ist ein gefühlsmäßiger Antisemitismus nicht ausreichend, notwendig ist ein »Antisemitismus der Vernunft«. Dessen letztes Ziel muss »unverrückbar die Entfernung der Juden überhaupt sein«. Dieses letzte Ziel aber wird nach Hitlers Überzeugung nur eine »Regierung nationaler Kraft« erreichen, die das demokratische System mit seinen »unverantwortlichen Majoritäten« überwindet.

In diesem ersten Dokument von Hitlers Hand finden wir in nuce das politische Programm, das er in den folgenden Jahren mit aller Macht umzusetzen versuchte: Die traditionell religiös grundierte Judenfeindschaft sollte einem rassistischen Antisemitismus Platz machen. Ziel war nicht nur die Rückabwicklung der Judenemanzipation, sondern die radikale Entfernung der Juden. Auch wenn Hitler 1919 sehr wahrscheinlich noch nicht die fabrikmäßige Ermordung aller Juden plante, zumal es in seinem Brief nur um Deutschland und dessen Wiedererstarben als Nation ging, artikulierte sich hier bereits der eliminatorische Antisemitismus, der mit den Gaskammern von Auschwitz seinen grauenhaften Höhepunkt erreichte. Nach 1933 radikalisierte sich der Bedeutungsgehalt des Begriffs »Entfernung« stetig.

Ein richtiges Programm hatte die Partei, der Adolf Hitler im September 1919 beitrug, zunächst nicht. Es gab nur von Drexler erlassene Richtlinien, die sich ganz im Rahmen der damals gängigen Schlagworte bewegten. Gegen den Klassenkampf wurde die Volksgemeinschaft beschworen, »gute Arbeit« und »voller Kochtopf« waren das Ziel. Zentrales Feindbild waren die Juden, die die beiden Feindbilder Bolschewismus (»Demütigung der Nation«) und Kapitalismus (»Demütigung der Person«) gleichermaßen repräsentierten. Dass das vermeintliche jüdische Weltherrschaftsstreben für Übel jeglicher Art verantwortlich zu machen sei, war damals eine sehr verbreitete Vorstellung.

Wichtige Redner der Partei waren in der Anfangszeit der Ingenieur Gottfried Feder, der einen »Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft« gegründet hatte, und der Schriftsteller Dietrich Eckart, beides Männer, die bald auch in Hitlers Umgebung eine wichtige Rolle spielen sollten. Feder hatte seine Erkenntnisse über die Verderblichkeit des Zinses zunächst den Repräsentanten der Münchner Räterepublik angedient, die daran jedoch kein Interesse hatten, obwohl auch auf der Linken immer wieder einmal der Gedanke herumspukete, man könne soziale Probleme durch die Abschaffung der Kapitalverzinsung, die die Besitzer von Kapitalvermögen immer noch reicher machte, lösen. Feder hatte sich dann gleich

nach ihrer Gründung der DAP angeschlossen, außerdem war er einer der wichtigsten Versammlungsredner des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes (s. S. 28). Nach 1924 vertrat er die NSDAP im Reichstag. 1933 wurde er Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, aber schon nach einem Jahr wieder abgelöst und bald auf eine Professur abgeschoben, weil er mit seinem prononciert antikapitalistischen Kurs der Verständigung der neuen Machthaber mit der Industrie im Wege stand.

Der nordbayerische Bühnenautor und Bohemien Dietrich Eckart war 1915 nach München übersiedelt und durch Feder zur Partei gekommen. Eckart war als Autor nicht übermäßig erfolgreich, aber ein wohlhabender Mann. Er hatte gute Beziehungen zur besseren Gesellschaft und verkehrte in den Salons des Münchner Großbürgertums. Dem über 20 Jahre jüngeren und damals noch weithin unbekanntem Hitler brachte Eckart große Verehrung entgegen. Er führte ihn in die Münchner Gesellschaft ein und wurde für ihn ein wichtiger Mentor. Hitler widmete Eckart schließlich in dankbarer Verbundenheit den zweiten Band von »Mein Kampf«. Eckarts »Sturmlied« (»Deutschland erwache!«) wurde zum offiziellen Lied der NSDAP. Dietrich Eckart war auch die treibende Kraft beim Erwerb der Zeitung »Völkischer Beobachter« durch die NSDAP und wurde dessen Chefredakteur, wobei natürlich der völkische Terminus Schriftleiter benutzt wurde. Von 1918 bis 1921 hatte Eckart auf eigene Initiative »Auf gut deutsch. Die Wochenschrift für Ordnung und Recht« herausgegeben, die so zur ersten Zeitschrift der nationalsozialistischen Bewegung wurde. Wichtigste Mitarbeiter der Zeitschrift waren Gottfried Feder sowie der Deutschbalt Alfred Rosenberg, der im November 1918 von Reval nach München übersiedelt war, wo nach der Russischen Revolution ein Zentrum des deutschbaltischen Exils entstand.

Der »Völkische Beobachter« ging aus dem 1868 erstmals erschienenen »Münchner Beobachter« hervor, den der Verleger Franz Eher 1900 übernommen hatte. Nach seinem Tod im Juni 1918 verkaufte seine Witwe die Zeitung an Rudolf von Sebottendorff, den Gründer der Thule-Gesellschaft. Mit Hilfe von Karl Harrer wurde das Blatt als Sportzeitung aufgezogen, dessen Untertitel »Unabhängige Zeitung für nationale und völkische Politik« über die eigentlichen Intentionen aber keinen Zweifel ließ. Im August 1919 folgte die Umbenennung in »Völkischer Beobachter« und im Dezember 1920 erwarben die Nationalsozialisten den hochverschuldeten Verlag, aus dem später unter der Leitung von Hitlers ehemaligem Kriegskameraden Max Amann der Zentralverlag der NSDAP hervorging. Chefredakteur des »Völkischen Beobachters« war bis März 1923 Dietrich Eckart, sein Stellvertreter und Nachfolger war Alfred Rosenberg. Die

Auflage betrug zwischen 10 000 und 20 000 Exemplaren, erst nach den Wahlerfolgen der NSDAP Ende der 20er-Jahre stieg sie merklich an.

Deutschland war in jenen Jahren gezeichnet von der nationalen Schmach des verlorenen Krieges, wirtschaftlichem Niedergang und bitterer sozialer Not. Der Weltkrieg hatte fünfzehn Millionen Tote gekostet. Neun Millionen Soldaten waren gefallen, darunter zwei Millionen Deutsche, und sechs Millionen Zivilisten waren ums Leben gekommen. Zwanzig Millionen Verwundete, von denen viele dauerhaft verkrüppelt und entstellt waren, zeugten von den Schrecknissen dieses Krieges. All dies traf die Deutschen doppelt hart, weil das Deutsche Reich im Versailler Friedensvertrag die Schuld am Krieg auf sich nehmen und gewaltige Reparationsleistungen an die Siegermächte zahlen musste. Der Krieg hatte durch Teuerung und Arbeitslosigkeit die bescheidenen sozialen Fortschritte der Friedensjahre zunichtegemacht, hatte Familienverhältnisse zerrüttet und Millionen von Witwen und Waisen hinterlassen. Vor allem in den Großstädten herrschte auch jetzt vielfach Hunger, Schulabgänger waren oftmals so unterernährt, dass sie zu schwach waren, um eine Arbeit anzunehmen.

Hinzu kam eine katastrophale Wohnungsnot. Die Menschen lebten in feuchten, dunklen, meist unbeheizten und viel zu kleinen Wohnungen. Viele Männer flüchteten nach der Arbeit in die Wirtshäuser oder die großen Bierkeller, die damals zentrale Orte sozialer Interaktion, aber auch Stätten der politischen Willensbildung waren. Das Bier war erschwinglich, ein Verzehrzwang bestand nicht. Man saß warm und trocken, traf Arbeitskollegen und Freunde und hatte die Gelegenheit, die neuesten politischen Parolen zu hören. Hörfunk und Fernsehen gab es damals noch nicht und viele Menschen mit niedrigem Einkommen konnten sich eine Tageszeitung nicht leisten. In diesem Milieu der Hinterzimmer und Versammlungssäle bewegte sich auch Adolf Hitler, der mit seiner Mischung aus forschem Auftreten und Redegewandtheit rasch auffiel.

Keine andere Bestimmung des Versailler Friedensvertrages von 1919 hat so leidenschaftliche Emotionen hervorgerufen wie der Artikel 231, der lautete: »Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben.« Diese Bestimmung diente vor allem dem Zweck, die für das Deutsche Reich sehr einschneidenden Friedensbedingungen juristisch und moralisch zu legitimieren. Es wurde gewissermaßen offiziell festgestellt, dass das Deutsche Reich als Angreifer für den

Krieg Verantwortung trug. In Deutschland wurde dieser Artikel 231 deshalb nicht zu Unrecht als »Kriegsschuldparagraf« wahrgenommen, auch wenn das Wort Schuld in ihm nicht vorkam.

Die Öffentlichkeit reagierte auf die implizite Kriegsschuldthese mit großer Empörung. Der Vorwurf, den Ersten Weltkrieg verbrecherisch verursacht zu haben, war für einen Deutschen im Jahr 1919 unerträglich. Der »Kriegsschuldparagraf« belastete mehr als alles andere auf viele Jahre hinaus die zwischenstaatlichen Beziehungen. Vor allem aber war er eine schwere Hypothek für die innere Befriedung der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Politiker, die bei aller Ablehnung der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages realistisch nur die Möglichkeit sahen, mit den Siegermächten zu kooperieren und das Vertragswerk zu unterschreiben, wurden als »Erfüllungspolitiker« diffamiert. Der Kampf gegen »Versailles« wurde zum Ausweis von Patriotismus, die Forderung nach einer Revision des Vertrags nahm einen zentralen Platz auf der Agenda aller nationalistischen Organisationen ein, allen voran der NSDAP, die unablässig gegen den »Schandfrieden« zu Felde zog.

Hitlers Tätigkeit als V-Mann der Reichswehr brachte es mit sich, dass er Veranstaltungen verschiedener Organisationen besuchte. So kam er am 7. Januar 1920 zum Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, der mehr als 6000 Menschen zu einer Kundgebung im Münchner Kindl-Keller mobilisiert hatte. Der Bund war ein Jahr zuvor gegründet worden und wuchs innerhalb von drei Jahren von anfänglich 25 000 auf 200 000 Mitglieder an. Von Beitrittswilligen wurde, ähnlich wie bei der Thule-Gesellschaft, der Nachweis germanischer Abstammung über mehrere Generationen erwartet, als Vereinsymbol diente das in völkischen Kreisen populäre Hakenkreuz. Man beschäftigte sich mit Rassentheorien und Deutschtumsforschung, veranstaltete Sonnwendfeiern und einmal im Jahr den »Deutschen Tag«.

Vor allem aber propagierte der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund einen aggressiven Antisemitismus, der in der aufgeheizten Stimmung der frühen Nachkriegszeit auf fruchtbaren Boden fiel. Das war es, was an jenem Abend so viele Menschen in den Münchner Kindl-Keller führte, und der Besucher Hitler registrierte es aufmerksam. »Die Judenfrage« lautete das Thema der Versammlung.¹⁵

Der Referent entwickelte die bekannten Klischees vom Abwehrkampf (»Zur Zeit haben wir Christenverfolgung«), vom ungeheuren jüdischen Einfluss (»Bei den höheren Beamten sind 84% Juden«), von grundlegenden geistigen Unterschieden (»Was für uns Deutsche die Ehre ist, ist für den Juden das Geld«), von Christus, dem Antisemiten, von der großen Gefahr,

die von den Warenhäusern ausgehe usw. Er schloss mit dem Appell: »Los von dieser Stinkbande, wir wollen wieder ehrlich sein, wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern (lebhaftes Bravo). Wir müssen wieder mehr Volksbewusstsein haben. Gott schütze unser Vaterland vor allem Fremden (stürmischer, lang anhaltender Beifall).«

In der Diskussion meldete sich Hitler zu Wort: »Der größte Schuft ist nicht der Jude, sondern der, der sich den Juden zur Verfügung stellt (Beifall). Wir bekämpfen den Juden, weil er den Kampf gegen den Kapitalismus verhindert. Wir haben unsere bittere Not zum größten Teil selbst verschuldet. Jetzt, wo die ganze Welt gegen uns ist, bekämpfen wir uns auch noch im Innern. Wer hat denn Interesse daran, dass wir uns bekämpfen? Wir wissen es schon.« Hier haben wir bereits wesentliche nationalsozialistische Programmideen vor uns: Schluss mit dem Parteiengenzänk, für eine nationale Diktatur auf völkisch-rassistischer Grundlage und mit sozialistischer Fassade. Hauptfeind waren die Juden, die in der Weimarer Republik nun auch politisch die volle Gleichberechtigung erlangt hatten.

Aber die DAP, in der Hitler eine zunehmend wichtigere Rolle spielte, sollte auch ein richtiges Parteiprogramm bekommen. Hitler, der für die Propaganda zuständig war, hatte die Federführung, Drexler, von dem die ursprünglichen Richtlinien stammten und der immer noch Vorsitzender der Partei war, wirkte lediglich mit. Hitler verkündete das Programm am 24. Februar 1920 im vollbesetzten Festsaal des Hofbräuhauses. 2000 Menschen waren gekommen. Das lag aber nicht an dem damals noch nicht sehr bekannten Hitler, dessen Name auf den Einladungsplakaten auch gar nicht genannt gewesen war. Hauptredner des Abends war der bekannte völkische Politiker Johann Dingfelder, der einen Vortrag zum Thema »Was uns not tut« hielt. Erst am Ende ergriff Hitler das Wort, um das neue Programm der DAP vorzustellen.

Nationalistische und sozialistische Forderungen hielten sich bei den 25 Programmpunkten ziemlich die Waage. Das Nationale betrafen die Forderungen nach dem Zusammenschluss aller Deutschen, einem völkischen Staatsbürgerrecht, der Schaffung einer »deutschen« Presse, also ohne jüdische Redakteure, der Ablösung des römischen Rechts durch ein germanisches und der Verhinderung der Einwanderung Nichtdeutscher, um das Soziale ging es bei der Brechung der Zinsknechtschaft, Verstaatlichung der Konzerne, Ausbau der Altersversorgung, Hebung der Volksgesundheit und Bodenreform. Ein mit umfassenden Machtbefugnissen ausgestatteter Staat sollte dieses Programm in die Tat umsetzen, weswegen der letzte Punkt lautete: »Zur Durchführung alles dessen fordern wir die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches.« Das Programm der



Kapp-Putschisten am Potsdamer Platz in Berlin, 13. März 1920

Partei, die sich dann wenige Tage später in NSDAP umbenannte, war im Wesentlichen ein Konglomerat bekannter Postulate des völkisch-antisemitischen Spektrums, geschickt vermischt mit Kampfparolen der Arbeiterbewegung. Zentral war Punkt 4 des Programms: »Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.«

Am 13. März 1920 begann ein konterrevolutionärer Putschversuch unter Anführung des ostpreussischen Generallandschaftsdirektors Wolfgang Kapp, dem sich der ranghöchste General der Vorläufigen Reichswehr Walther von Lüttwitz anschloss. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch war der erste ernsthafte Versuch, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und die verhasste Demokratie wieder abzuschaffen, der jedoch angesichts des entschlossenen Widerstands der Arbeiterschaft nach wenigen Tagen zusammenbrach. Viele Reichwehrebefehlshaber hatten dem Putsch ablehnend gegenübergestanden. Das galt auch für den bayerischen General Arnold Ritter von Möhl. Gleichwohl verlangte er, von nationalistischen Kräften dazu gedrängt, von der Bayerischen Staatsregierung unter Minister-

präsident Johannes Hoffmann (SPD) die Übertragung der Vollzugsgewalt, da angeblich nur so die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu gewährleisten sei. Hoffmann, der sich von seinem Kabinett im Stich gelassen sah, trat zurück. De facto war dies ein »kalter Staatsstreich«, General von Möhl wurde zum Staatskommissar für München-Stadt und München-Land ernannt und übertrug die »Sicherheitsmaßnahmen« dem Freikorpsführer Franz Ritter von Epp, der bei der Niederschlagung der Münchner Räterepublik unter dem Oberkommando von Möhl eine wichtige Rolle gespielt hatte.

Am 16. März 1920 wurde der parteilose Monarchist Gustav von Kahr als Kandidat der Bayerischen Volkspartei (BVP) mit großer Mehrheit zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Die SPD war nun nicht mehr in der Regierung vertreten. Gustav von Kahr stützte sich vielmehr auf ein breites Bündnis aus bürgerlichen Kräften, Reichswehr, Einwohnerwehren und Nationalisten, auf ihn geht die Parole von der »Ordnungszelle Bayern« zurück. Sein Ziel war es, die demokratische Verfassung zu beseitigen, die Regierung der »Novemberverschwörer« in Berlin zu stürzen und die »alte Ordnung« wiederherzustellen. München wurde in dieser Zeit zum Sammelbecken reaktionärer, antidemokratischer, militaristischer und nationalistischer Elemente. Die Stadt war ein Eldorado für Systemgegner und politische Straftäter, wozu die Münchner Polizei erheblich beitrug.

Polizeipräsident war der Nationalsozialist Ernst Pöhner, Leiter der neuen »politischen Abteilung«, die für politische Delikte zuständig war, war der spätere Reichsinnenminister Wilhelm Frick, auch er ein Nationalsozialist der ersten Stunde. Es wurden Akten gefälscht oder vernichtet, Anzeigen unterschlagen, »Inkognito-Pässe« ausgegeben, die Angehörigen politischer Mordkommandos gedeckt. Der in Berlin steckbrieflich gesuchte Brigadeführer Hermann Ehrhardt übersiedelte nach München. Die nach ihm benannte Marinebrigade Ehrhardt hatte nicht nur bei der blutigen Niederschlagung der Münchner Räterepublik, sondern auch beim Kapp-Putsch eine wichtige Rolle gespielt. Nach der Auflösung der Marinebrigade schuf Hermann Ehrhardt in München 1920 die Geheimorganisation Consul, aus deren Reihen die Mörder von Matthias Erzberger und Walther Rathenau (s. weiter unten) hervorgingen. Polizeipräsident Pöhner stellte Ehrhardt mit mehreren falschen Pässen aus, was diesem die konspirative Arbeit außerordentlich erleichterte.

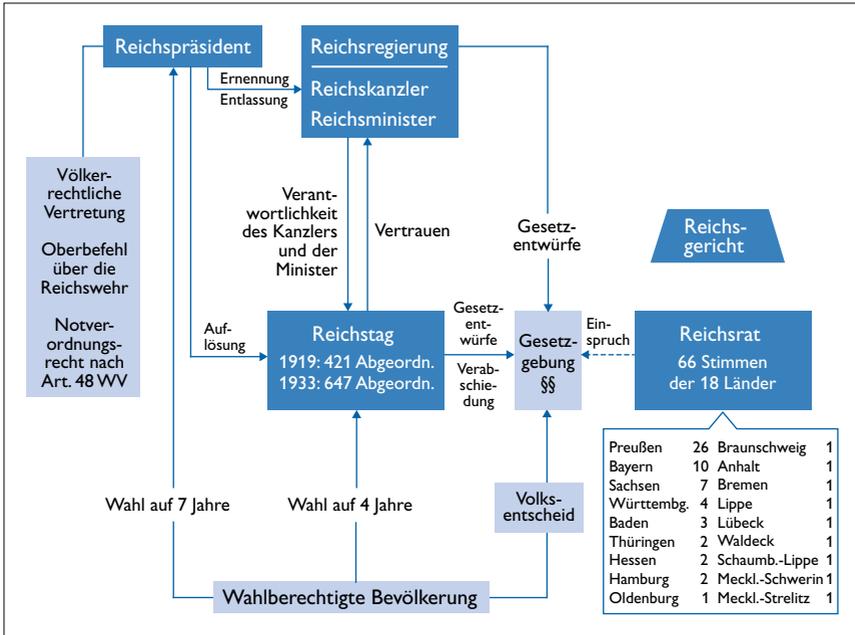
Am 13. August 1920, ein halbes Jahr nach der Programmkonferenz der NSDAP, hielt Adolf Hitler, wiederum im Festsaal des Hofbräuhauses, die grundlegende programmatische Rede »Warum sind wir Antisemiten?«¹⁶, die ein bedeutsames Dokument für seine Weltanschauung ist. Es finden

sich viele der bekannten Gedankengänge wieder, die er sich da und dort zusammengelesen hatte, bei dem rassistischen Esoteriker Jörg Lanz von Liebenfels oder dem antisemitischen Publizisten Houston Stewart Chamberlain und vielen anderen, von den Ariern als einzigen Kulturschöpfern, den Juden als Element der Dekomposition, dem Gegensatz von schaffendem und raffendem Kapital, der jüdischen Beherrschung der Presse usw. Es war das geläufige Sammelsurium aus fanatischem Antisemitismus, illusionärer Erklärung der Kriegsniederlage, Verschwörungstheorien, Rassismus und nationalistischem Pathos.

Schon bald machte sich Hitlers geradezu dämonische Gabe bemerkbar, tagespolitische Ereignisse, historische Exkurse und pseudowissenschaftliche Thesen zu einem verführerischen Gemisch zu vermengen, mit dem es ihm gelang, die dumpfen Ressentiments seiner Zuhörer in lodernden Hass zu verwandeln, der sich gegen vieles richten konnte, gegen die ehemaligen Kriegsgegner, namentlich die Franzosen, gegen das Großkapital, den Bolschewismus, vor allem aber immer wieder gegen die Juden, die angeblich als Agenten einer »überstaatlichen Macht« im Verborgenen daran arbeiteten, die Weltherrschaft zu erringen. Der Grundtenor von Hitlers Hasstiraden war stets der gleiche: Die NSDAP wird dem deutschen Volk wieder zu innerer Einheit und nationaler Größe verhelfen und es vom »Joch der Juden« befreien.

Diese Parolen trafen auf offene Ohren in einer Zeit, die von einem sich oft genug in Gewalttaten entladenden Judenhass erfüllt war. Überfälle auf jüdische Restaurants und Cafés, Schmierereien an Synagogen und Attacken gegen jüdisch aussehende Straßenpassanten waren im Sommer und Herbst 1919 an der Tagesordnung. Ganz besonders richtete sich der gewaltbereite Radauantisemitismus gegen Juden, die in den Jahrzehnten zuvor aus Osteuropa nach Deutschland gekommen waren.¹⁷ Völkisch-nationalistische Agitatoren wurden nicht müde, zu behaupten, die Juden hätten sich einerseits vor dem Einsatz an der Front gedrückt, andererseits als Schieber und Wucherer am Krieg verdient und zum Dritten durch die Revolution von 1918, die ein Dolchstoß in den Rücken der »im Felde unbesiegten« Truppe gewesen sei, die Niederlage verursacht. Vor allem General Erich Ludendorff, neben Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg der populärste Heerführer des Ersten Weltkriegs, trug zur Verbreitung der Legende vom Dolchstoß bei, obwohl gerade er es hätte besser wissen müssen. Nach Kriegsende war er zunächst nach Schweden geflohen, um einer Anklage als Kriegsverbrecher zu entgehen. Ab Februar 1919 lebte er in München und war der populärste Repräsentant der konterrevolutionären Rechten, die von Anfang an zum Kampf gegen die Demokratie entschlossen war.

Abb. 1: Die Verfassung der Weimarer Republik



Quelle: © Erich Schmidt Verlag, Zahlenbilder 50070.

Die Weimarer Republik galt ihren Feinden auf der Rechten als »Judenrepublik«. Die jüdischen Deutschen wurden für den angeblichen »Dolchstoß« und die Kriegsniederlage verantwortlich gemacht. Die Revolutionäre vom November 1918, unter denen in Wirklichkeit nur wenige Juden waren, galten als »Novemberverbrecher«. Sie hatten unter schwierigsten Umständen versucht, nach der Kriegsniederlage in Deutschland wieder geordnete Verhältnisse herzustellen. Erster Reichspräsident wurde am 11. Februar 1919 der Sozialdemokrat Friedrich Ebert, nachdem er zuvor Reichskanzler gewesen war und den Rat der Volksbeauftragten geleitet hatte. Ebert berief den Liberalen Hugo Preuß zum Reichsinnenminister. Preuß gehörte wie Theodor Heuss, Max Weber, Albert Einstein und Rudolf Mosse zu den Gründungsmitgliedern der DDP. Das war eine linksliberale Partei, die von der Mehrheit der wahlberechtigten Juden gewählt wurde. Die wichtigste Aufgabe von Hugo Preuß bestand darin, eine Verfassung für die neu geschaffene Republik auszuarbeiten. Mit dieser Arbeit erwarb er sich große Verdienste um die junge Demokratie, was indes antisemitische Dif-

famierungen durch nationalistische Kräfte nicht ausschloss. Seine Gegner verunglimpften ihn als »Hugo Preuß aus Jerusalem«. Preuß stammte aus einer jüdischen Kaufmannsfamilie und hatte sich im Fach Staatsrecht habilitiert, war aber als Jude nicht auf eine Professur berufen worden. Die jüdische Abstammung diente zur Diskreditierung der neuen Verfassung als undeutsch und als weiterer Beweis dafür, dass die Demokratie und die



Die Dolchstoß-Legende: Auch an der Niederlage sollen die Juden schuld gewesen sein. Aus: Der Schulungsbrief 9/1, hrsg. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP (1942), S. 13

Ideen der Französischen Revolution von Gleichheit, Brüderlichkeit und Freiheit mit dem deutschen Wesen unvereinbar waren.

Die Juden hatten im deutschen Kaiserreich nur eine kleine, sozial relativ homogene Minderheit gebildet. Sie waren gut in den Staat integriert und in den Berufen, die ihnen zugänglich waren, überdurchschnittlich erfolgreich, aber gesellschaftlich nicht wirklich anerkannt. Wo immer Juden zusammenkamen, saß der Antisemitismus als steinerne Gast mit am Tisch. Antisemitische Pamphlete sonder Zahl wurden in Umlauf gesetzt, Parteien und Verbände gegründet, deren einflussreichster der Alldeutsche Verband war. Doch bis zum Ausbruch des Krieges behielten die Kräfte des sozialen Zusammenhalts die Oberhand. Als im August 1914 Kaiser Wilhelm II. den berühmten Satz

sprach: »Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche«, richtete er sich an die Oppositionsparteien, nicht an die jüdische Minderheit, dennoch traf er dort auf begeisterte Zustimmung und löste große Erwartungen aus, die auch nicht von vornherein unberechtigt waren.

Der Burgfrieden hatte zur Folge, dass die Antisemiten sich zurückhalten mussten und z. B. der Verband gegen die Überhebung des Judentums seine Zeitschrift »Auf Vorposten« einstellen musste. Doch schon nach wenigen Monaten kamen die alten antisemitischen Vorurteilsstrukturen wieder zum Vorschein und machten den jüdischen Soldaten das Leben schwer. Der Feldwebel Julius Marx schrieb in sein Tagebuch: »Seit einiger Zeit

kann ich es ja mit Händen greifen, dass man mich als Juden scheel ansieht. Bei Kriegsbeginn schien jedes Vorurteil verschwunden, es gab nur noch Deutsche. Nun hört man wieder die alten, verhassten Redensarten.«¹⁸ Der Erlass des preußischen Kriegsministers vom 11. Oktober 1916 zur »Juden-zählung« war angeblich eine Reaktion auf fortwährende »Klagen aus der Bevölkerung«, die in Wirklichkeit von antisemitischen Organisationen ausgingen, deren Propaganda fortwährend davon sprach, dass die jüdische Soldaten sich vor dem Dienst an der Front drückten. Die Judenzählung erwies sich als entscheidende Landmarke auf dem Weg zur deutsch-jüdischen Dissimilation. Die Tatsache, dass die Ergebnisse der Zählung, die die Propaganda der Antisemiten entkräftet hätten, nicht publiziert wurden, machte das Ganze nur noch schlimmer. Der moderne Antisemitismus hatte sein gesamtes programmatisches Repertoire vor 1914 entwickelt, durchschlagende soziale und politische Wirkungsmacht wuchs ihm aber erst nach 1918 zu. Die Jahre dazwischen waren für viele Juden eine Zeit irreversibler Desillusionierung.

Wann immer Adolf Hitler bei seinen ersten öffentlichen Auftritten gegen die Juden hetzte, brach Jubel aus. Die Leute riefen »Prügelstrafe« oder »Aufhängen«. Hitler nutzte diese Stimmung, aber er war kein Freund des Radauantisemitismus. Er wusste um die Kurzatmigkeit von Pogromstimmungen und plädierte für einen Antisemitismus als politische Bewegung, der »nicht durch Momente des Gefühls, sondern durch die Erkenntnis von Tatsachen« bestimmt war.¹⁹ Der Antisemitismus, den Hitler vertrat, war ein pseudowissenschaftlich überhöhter Rassenantisemitismus. Er propagierte eine exklusive Volksgemeinschaft mit eliminatorischen Konsequenzen (s. S. 36f.). Dieser »Vernunftantisemitismus« war ungleich gefährlicher als alle antisemitischen Bewegungen vor ihm.

Hitler schloss seine Grundsatzrede im Festsaal des Münchner Hofbräuhauses am 13. August 1920 mit dem Bekenntnis, er sei ein deutscher nationaler Sozialist. Ein Sozialismus im Sinne des konservativen Geschichtsphilosophen Oswald Spengler war das. 1918 war der erste Band seines Hauptwerks »Der Untergang des Abendlandes« erschienen. Im Jahr darauf hatte Spengler unter dem Eindruck der deutschen Kriegsniederlage und der ihr folgenden Revolution, die er für die »sinnloseste Tat der deutschen Geschichte« hielt, ein schmales Buch mit dem Titel »Preußentum und Sozialismus« herausgebracht. Darin plädierte er für einen autoritären Sozialismus, denn: »Sozialismus in seiner tiefsten Bedeutung ist Wille zur Macht, Kampf um das Glück nicht des Einzelnen, sondern des Ganzen.« Es gehe nicht um die Freiheit des Einzelnen, sondern des Volksganzen: »Das Ganze ist souverän. Der König ist nur der erste Diener seines Staates.

Jeder erhält seinen Platz. Es wird befohlen und gehorcht. Dies ist, seit dem 18. Jahrhundert, autoritativer Sozialismus, dem Wesen nach illiberal und antidemokratisch, soweit es sich um englischen Liberalismus und französische Demokratie handelt.«²⁰

Der nationale Sozialismus sollte der deutsche Weg in die Moderne sein. Hitler berief sich bei seinem Kampf gegen die Demokratie auf ein germanisches Prinzip von Führer und Gefolgschaft, das dem deutschen Wesen auch heute gemäß sei. Er propagierte einen dritten Weg zwischen den Völkischen einerseits, denen das Soziale fehlte, und dem Sozialismus der Arbeiterbewegung andererseits, dem das Nationale fehlte. Der Nationalsozialismus vereine beides miteinander, die NSDAP war deshalb nach ihrem eigenen Selbstverständnis eine Partei der Mitte. Alle inneren Auseinandersetzungen sollten im Deutschen Reich überwunden werden, deshalb lehnten die Nationalsozialisten den demokratischen Staat mit seinem Mehrparteiensystem ebenso ab wie alle Organisationen wie die Gewerkschaften oder die Kirchen, die ihre Mitglieder auf Grund von Partialinteressen organisierten. Nationale Einheit war das Ziel, sie war nach Hitlers Überzeugung die Voraussetzung für Deutschlands Wiederaufstieg zu nationaler Größe und internationaler Geltung. Diesem Ziel musste alles untergeordnet werden.

Der Begriff National-Sozialismus kennzeichnete ursprünglich eine konservative Antwort auf die sozialen Probleme der industrialisierten Gesellschaft, die internationalistisch orientierte Arbeiterschaft sollte in die nationale Gemeinschaft integriert werden. Der Philosoph Eugen Dühring, der auch ein vehementer Antisemit war, hatte den Begriff National-Sozialismus schon 1875 benutzt, um die Abgrenzung des frühen Sozialdemokraten Ferdinand Lassalle gegen den proletarischen Internationalismus zu charakterisieren. 1887 erschien im »Deutschen Adelsblatt« ein Beitrag mit dem Titel »Fürst Bismarck der erste Nationalsozialist«.²¹ Und als der liberale evangelische Theologe Friedrich Naumann 1896 den Nationalsozialen Verein gründete, stand zur Debatte, ihn Nationalsozialistischen Verein zu nennen, um seine arbeiterfreundliche Haltung noch deutlicher zu akzentuieren, was von der Mehrheit aber abgelehnt wurde. Der Nationalsoziale Verein wollte als Partei reüssieren, blieb aber bei den Wahlen erfolglos und löste sich 1903 wieder auf. Aber Nationalismus und Sozialismus waren nichtsdestotrotz die dominierenden ideologischen Strömungen der Zeit.

Der integrale Nationalismus des Kaiserreichs wurde von den Nationalsozialisten noch weiter gesteigert zu einer hochaggressiven expansiven Ideologie, deren Bezugsgröße nicht länger die Nation, sondern eine ethnisch reine Volksgemeinschaft war. »Du bist nichts, Dein Volk ist alles«,

hieß die Parole der Nazis. Der Einzelne zählte nichts in dieser Volksgemeinschaft, er sollte Teil eines großen Ganzen sein; seine persönlichen Anliegen hatte er denen seines Volkes unterzuordnen. Das Ziel war nicht Egalität, sondern Homogenität. Die Zugehörigkeit zur deutschen Volksgemeinschaft wurde nach rassistischen Prinzipien definiert. Deshalb kämpfte man einerseits um die »Heimholung« von Saarländern, Österreichern, Wolgadeutschen und anderen »Grenz- und Auslandsdeutschen«. Auf der anderen Seite wurden die jüdischen Mitbürger als »Schädlinge am deutschen Volkskörper« brutal ausgegrenzt. Auch geistig Behinderte waren als »Ballastexistenzen« dem Tode verfallen.

Der Nationalsozialismus schuf die Vision einer »Volksgemeinschaft des nationalen Sozialismus«. Aus der Zusammenführung von Sozialismus und Nationalismus, wie sie auch das Programm der NSDAP von 1920 widerspiegelt, bezog er einen bedeutenden Teil seiner ideologischen Wirkung und seiner Attraktivität. Die Verschmelzung von Volksgemeinschaft und Rassenideologie hatte eine große Verführungskraft. Ansätze davon finden sich bereits 1919 in Anton Drexlers autobiografischer Schrift »Mein politisches Erwachen«. Im selben Jahr erschien auch »Der nationale Sozialismus«, das programmatische Hauptwerk des sudetendeutschen Politikers Rudolf Jung. Jung hatte sich 1906 der drei Jahre zuvor im böhmischen Aussig gegründeten »Deutschen Arbeiter Partei« (DAP) angeschlossen. Die Partei war deutsch-nationalistisch und antisemitisch ausgerichtet und stand in scharfem Gegensatz zur tschechischen und zu anderen Nationalbewegungen innerhalb Österreich-Ungarns. Im Mai 1918 fand der letzte Parteitag der DAP in Wien statt, bei dem die Partei sich in Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP) umbenannte, doch nach dem Ende des Habsburgerreiches zerfiel sie rasch. Rudolf Jung wurde im November 1919 zum Führer der sudetendeutschen Nationalsozialisten. Am 7. August 1920 trafen Hitler und Jung bei einer überstaatlichen Tagung der nationalsozialistischen Bewegung in Salzburg aufeinander, aber der populäre Jung vermochte die Anwesenden weitaus stärker zu begeistern als Hitler. (Nach der »Machtergreifung« wurde Jung nach Berlin beordert und machte dort Karriere.)

Im Jahr 1920 kümmerte sich Hitler vorrangig um den weiteren Aufbau der noch immer sehr kleinen Partei. Sie hatte nun ein Grundsatzprogramm, aber es gab zunächst nicht viele Menschen, die es überhaupt kannten. Von Februar 1920 bis Jahresende veranstaltete die Partei nicht weniger als 46 öffentliche Versammlungen in München. Hitler selbst sprach mehr als fünfzigmal inner- und außerhalb Münchens. Sein Erfolgsrezept bestand in einer pausenlosen Propagandajagd, die dem politischen Gegner keine Zeit

Anfänge

zum Nachdenken ließ. Hitlers demagogische Begabung übertraf die aller anderen Redner jener Zeit. Seine Fähigkeit, Massenversammlungen auf seine Parolen einzuschwören, trug erheblich zu dem sich bald entwickelnden Führerkult bei. Er bediente sich in seinen Hetzreden eingängiger Formeln und bot immer eindeutige Schuldzuweisungen an die »Novemberverbrecher«, das »Weltjudentum« usw. Hitler traf damit das verbreitete Bedürfnis, die Verantwortung für die bestehende Misere bei anderen zu suchen. Diese Massenagitation führte der Partei viele Mitglieder zu. Hatte zunächst für die Versammlungen ein Hinterzimmer ausgereicht, so betrug die Mitgliederzahl Ende 1920 schon 2000 und drei Jahre später sogar über 50 000.

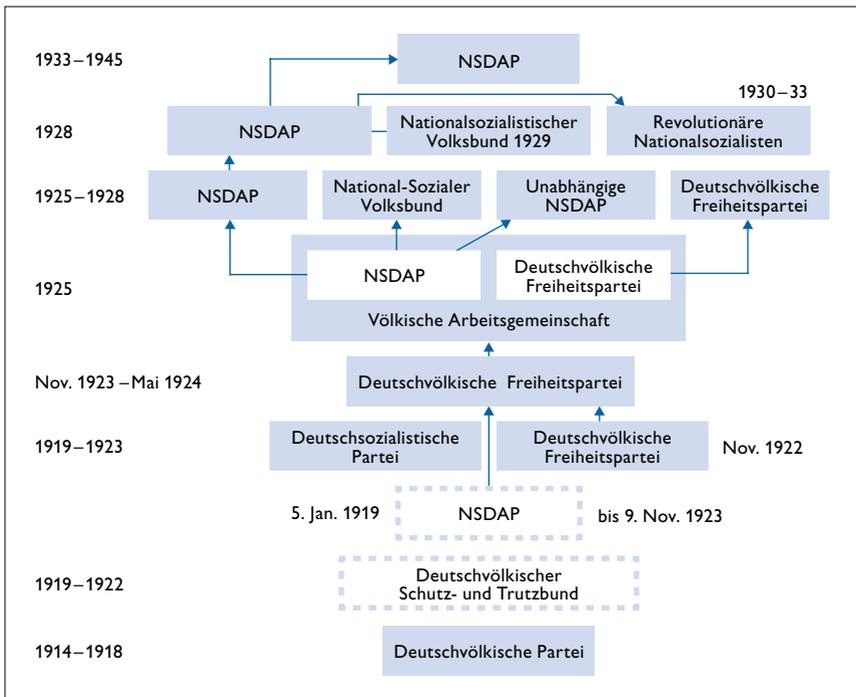


Im Sterneckerbräu in München, nahe dem Isartor, war von Oktober 1919 bis Januar 1920 die Geschäftsstelle der DAP und 1933 bis 1945 das Parteimuseum untergebracht (undatierte Aufnahme).

Am 18. April 1920 war in Rosenheim die erste Ortsgruppe der NSDAP außerhalb Münchens gegründet worden. Zwischen dem 2. Mai und dem 31. August sprach Hitler nicht weniger als sechsmal in Rosenheim; im

September hatte die Ortsgruppe bereits 220 Mitglieder. Bald wurde auch ein SA-Sturm aufgebaut, der in den folgenden Jahren häufig zu Saalschlachten nach München abgeordnet wurde. Nur fünf Tage nach seinem ersten Rosenheimer Auftritt sprach Hitler auf Einladung des »Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes« in Stuttgart, wo anschließend ebenfalls eine Ortsgruppe ins Leben gerufen wurde. Noch im selben Jahr gründete Hermann Esser die Ortsgruppe Kolbermoor. Eine gewaltige Saalschlacht, die die Nazis im Dezember 1922 in Göppingen inszenierten, gab den Anstoß für die Gründung der Ortsgruppe Tübingen. Der Geschäftsführer des Nationalverbandes deutscher Offiziere, Dietrich von Jagow, der von der Brigade Ehrhardt kam, führte der württembergischen NSDAP einen großen Teil des rechtsradikalen Lagers zu. So gelang es der nationalsozialistischen Partei bald, die Grenzen Münchens hinter sich zu lassen und vor allem im süddeutschen Raum Anhänger zu gewinnen.

Abb. 2: Ausbreitung des Nationalsozialismus



Quelle: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 251, S. 31.

In den ersten Nachkriegsjahren gab es eine Fülle rechtsradikaler Parteien, besondere Bedeutung hatte die völkisch orientierte Deutschsozialistische Partei (DSP) Alfred Brunners, die aus der Thule-Gesellschaft hervorging. Im Gegensatz zu Drexlers DAP hatte die DSP von Anfang an den Ehrgeiz, in ganz Deutschland aufzutreten. Zu ihrem ersten Parteitag in Hannover kamen 1920 Vertreter aus Bielefeld, Duisburg, Kiel, Leipzig und Wanne-Eickel. Am wichtigsten aber waren die Ortsgruppen der DSP in München und Nürnberg. Die letztere wurde von Julius Streicher geführt, der vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund kam und die Wochenschrift »Deutscher Sozialist« herausgab. Die Nürnberger Ortsgruppe hatte 350 Mitglieder, die Streicher im Oktober 1922 in die NSDAP überführte, die bisher in Nürnberg nicht vertreten war. Dies bedeutete eine nachhaltige Stärkung der Nationalsozialisten und von Hitlers politischem Kurs, der eine Kooperation der verschiedenen rechtsextremen Verbände rundweg ablehnte und ganz auf die Alleinstellung seiner Partei zielte.

Adolf Hitler reiste unermüdlich durch die Lande, um Anhänger für seine Ideen zu gewinnen. Bis zum 8. November 1923 hielt er 188 Reden bei Parteiversammlungen, davon 132 in München, 41 im übrigen Bayern, elf in Österreich, drei in Stuttgart und eine in Elberfeld.²² Die Orte außerhalb Münchens, die er am häufigsten aufsuchte, waren Rosenheim, Landshut, Nürnberg und Wien. Im norddeutschen Raum dagegen war die NSDAP noch kaum präsent und deshalb auf Wahlbündnisse angewiesen, z. B. mit der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung. Vor diesem Hintergrund war Hitlers Alleinvertretungsanspruch nicht ohne Risiko. Nicht nur die DSP bereitete ihm Probleme, sondern auch die böhmische DNSAP, die auf eine ungleich längere Tradition als seine eigene Gruppierung zurückschauen konnte. Bei einer »zwischenstaatlichen« Tagung nationalsozialistischer Parteien aus Deutschland, Österreich, der Tschechoslowakei und Polen am 7. August 1920 in Salzburg begann Hitler denn auch mit der Feststellung, er schäme sich, dass seine eigene Bewegung noch so jung sei.²³

Der Tagung unmittelbar vorausgegangen war ein Parteitag der DSP in Leipzig, auf dem die von Hitler nicht gewollte Vereinigung mit der NSDAP ein Hauptthema gewesen war. In Salzburg schloss man nach intensiven Diskussionen einen Kompromiss. Die DSP verzichtete auf eine Betätigung in Bayern, Württemberg und Baden, die NSDAP beschränkte sich im Gegenzug auf diese süddeutschen Gebiete, die ohnehin ihr Hauptaktionsfeld waren. Unter den vielen, oftmals kurzlebigen Gruppen und Grüppchen des rechtsradikalen Milieus gab es immer wieder Diskussionen über Zusammenschlüsse, um so die politische Schlagkraft zu erhöhen,

während Adolf Hitler von Anfang an dazu entschlossen war, mit der NSDAP einen Kurs der Alleinstellung zu verfolgen.

Bei der Tagung in Salzburg, die den Anspruch hatte, die »Nationalsozialistische Bewegung« insgesamt zu repräsentieren, wurde die Errichtung einer »zwischenstaatlichen Kanzlei« mit Sitz in Wien beschlossen, ein Beschluss, der ohne greifbare Folgen blieb. Für Hitler war viel wichtiger, dass es ihm in Salzburg gelungen war, sich als Vertreter der reichsdeutschen Gruppe gegenüber Drexler in den Vordergrund zu spielen. Die Vereinigung der NSDAP mit der DSP, die der Tagung eigentlich folgen sollte, scheiterte an der Intransigenz Hitlers, der geschickt auf Zeit spielte. Er und seine Gefolgsleute wollten keine Kooperation mit völkischen Kräften, kein Bündnis, das Hitlers Rolle schmälern konnte, und sie wollten auch keinen Internationalismus. Als im März 1921 eine Tagung deutscher, österreichischer und ungarischer Antisemiten in Wien stattfand, stellte Alfred Rosenberg unmissverständlich klar, dass man nichts gegen einen Gedankenaustausch habe, aber eine »wie immer geartete internationale Organisation« entschieden ablehne²⁴.

Auch innerhalb der NSDAP musste Hitler sich mit Opponenten auseinandersetzen. Während er einen revolutionären Kurs vertrat, propagierte Drexler einen Legalitätskurs. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen erklärte Hitler am 11. Juli seinen Austritt aus der NSDAP und stellte harte Forderungen als Voraussetzung für seinen Wiedereintritt. Er wollte künftig den Kurs der Partei allein bestimmen und verlangte deshalb für sich »den Posten des I. Vorsitzenden mit diktatorischer Machtbefugnis«. Er forderte zudem, dass »Sitz der Bewegung München ist und für immer bleibt« und dass jede weitere Veränderung des Namens und des Programms der Partei zu unterbleiben habe.²⁵ Die kopflose Partei akzeptierte diese diktatorischen Bedingungen auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 29. Juli 1921, die 554 erschienenen Mitglieder wählten Hitler auf Vorschlag des besiegten Drexler einstimmig zum neuen Vorsitzenden.

Die neue autoritäre Parteisatzung war ganz auf Hitler zugeschnitten und gewissermaßen die Geburtsurkunde der »Führerpartei«. In jener Zeit begann der Kreis um Hitler – Dietrich Eckart, Alfred Rosenberg, Hermann Esser, Max Amann und Rudolf Heß – den Mythos von der schicksalhaften Berufung Hitlers zur Führung der Bewegung zu propagieren, der später im »Führerkult« kulminierte. Hitler wuchs allmählich in die Rolle eines kämpferischen Christus hinein, der gekommen war, die Deutschen zu erlösen. Er sah sich von der Vorsehung zu dieser Mission berufen und verkündete seinen Anhängern: »Wir sind zwar klein, aber

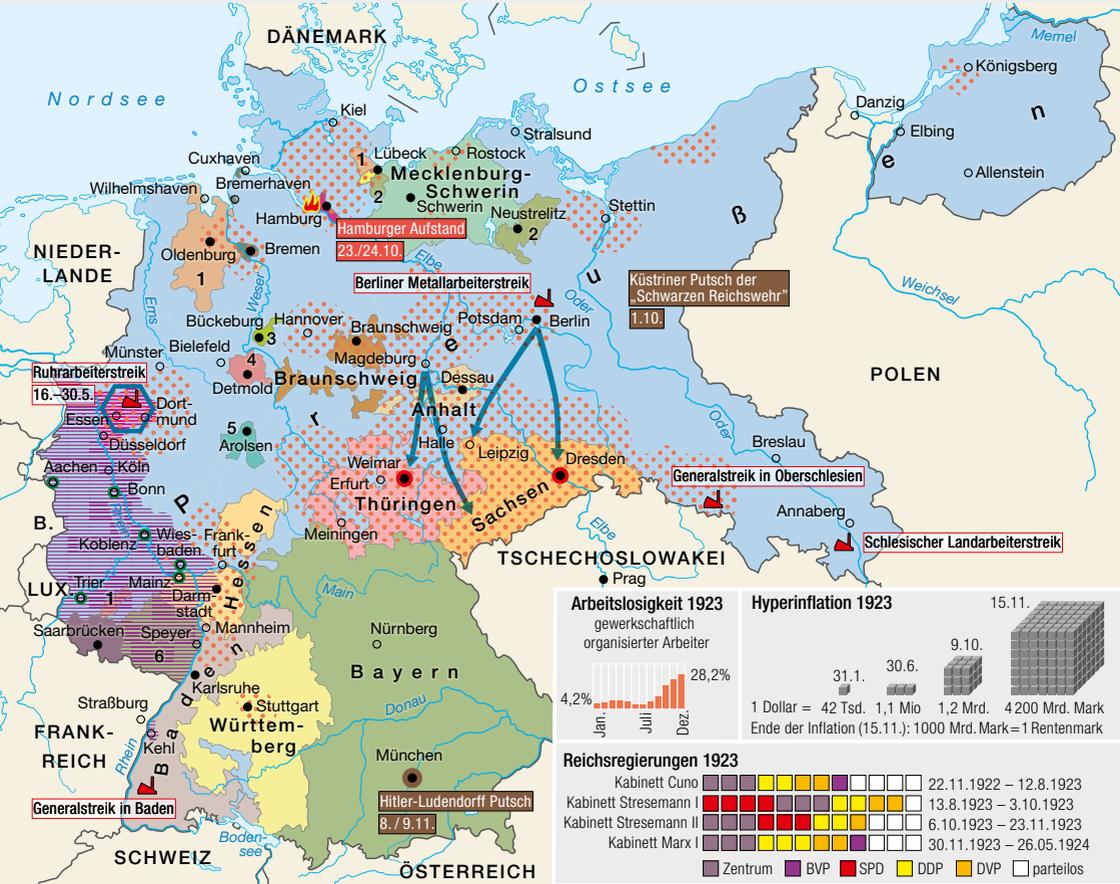
einst stand auch ein Mann auf in Galiläa, und heute beherrscht seine Lehre die ganze Welt.«²⁶

Vorläufig machte die Bewegung vor allem in München von sich reden. Diese Stadt war Hitler ungeheuer wichtig, in »Mein Kampf« verglich er ihren magischen Zauber mit dem von Mekka und Rom und 1935 verlieh er München den nationalsozialistischen Ehrentitel »Hauptstadt der Bewegung«. Die Ortsgruppe München hatte gleichzeitig die nationale Parteileitung inne, das war Teil von Hitlers Bedingungen für den Wiedereintritt in die Partei gewesen. Begründet hatte er dies mit Ersparnis erwägungen, de facto diente diese Bestimmung dazu, außermünchnerische, vor allem norddeutsche Bestrebungen, die Hitlers Führungsanspruch gefährden konnten, abzuwehren.

Die Basis der Partei war mittelständisch. Auch wenn die NSDAP sich Arbeiterpartei nannte, war sie doch keine. Nicht nur bei den Funktionären, auch bei den Mitgliedern und den Wählern waren die Arbeiter immer unterrepräsentiert, wenn auch in schwindendem Maße; ihren »Mittelstandsbauch« überwand die Partei zu keiner Zeit. In München waren in den 20er Jahren nur 6,6% der Mitglieder ungelernete Arbeiter, ebenso viele wie Universitätsstudenten, aber 15,2% waren Kaufleute und 19% waren Angestellte. Es war das durch die revolutionären Ereignisse in seinen Lebensentwürfen zutiefst verunsicherte kleine und mittlere Bürgertum, das der Partei in hellen Scharen zulief. Zugleich war die NSDAP von ihrem Anspruch her die erste echte Volkspartei, die bei ihren Versuchen, Wähler für sich zu gewinnen, alle geografischen, konfessionellen und sozialen Grenzen hinter sich ließ. Volkspartei wollte sie allerdings nur für das deutsche Volk sein, so wie sie es definierte. Wer nicht zu diesem Volk gehörte, verfiel der sozialen Exklusion (s. S. 113 f., 173) und in letzter Konsequenz der Vernichtung.

Die NSDAP appellierte dabei nicht an den Verstand, sondern an den Glauben der Menschen, argumentierte nicht sachlich, sondern antwortete auf Sehnsüchte mit Visionen. Die nationalsozialistische Propaganda hob in extremer Weise auf eine Veränderung der Welt durch eine Veränderung des Bewusstseins ab. Das schuf Raum für Verschwörungstheorien, Weltdeutungen, die die Verantwortung für das Bestehende anderswo suchten. War die Welt erst einmal von geheimen Kräften regiert, z. B. von »überstaatlichen Mächten« oder dem »Weltjudentum«, so gab es für alle Missstände bequeme Erklärungen. Abhilfe konnte nur noch ein Erlöser schaffen. Adolf Hitler betrat in einer Zeit die politische Arena, die für den politischen Messianismus in besonderem Maße prädestiniert war, und er verstand es wie kein anderer, diese Situation zu nutzen.

Das Krisenjahr 1923



Streiks 1923

- Generalstreik gegen die Regierung Cuno (11. – 14.8.)
- weitere bedeutende Streiks

Linke Regierungen / „Deutscher Oktober“

- Bildung von SPD/KPD-Regierungen in Sachsen (10.10.) und Thüringen (16.10.)
- kommunistischer Aufstand
- Einmarsch der Reichswehr in Sachsen (23.10.) und Thüringen (5.11.), Sturz bzw. Rücktritt komm. Minister

Rechter Widerstand gegen die Reichsregierung

- offene Rebellion der bayerischen Regierung gegen die Reichsregierung (19. – 20.10.)
- rechter Putsch

- | | |
|------------------------|---------------------|
| 1 Oldenburg | 5 Waldeck |
| 2 Mecklenburg-Strelitz | 6 Pfalz (zu Bayern) |
| 3 Schaumburg-Lippe | B. Belgien |
| 4 Lippe | LUX. Luxemburg |

Die ersten Jahre der Weimarer Republik waren erfüllt von gegenrevolutionären Putschversuchen, antisemitischen Gewalttaten, politischen Attentaten und anderen gewaltsamen Versuchen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Am 15. Januar 1919 waren Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die Mitbegründer der KPD, ermordet worden, am 21. Februar 1919 fiel der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner einem Attentat zum Opfer. Am 10. März wurde auch Leo Jogiches ermordet, der nach dem Tod von Liebknecht und Luxemburg den Vorsitz der KPD übernommen hatte. Der Anarchist Gustav Landauer, der sich an der Münchner Räterepublik beteiligt hatte, wurde am 2. Mai 1919 bestialisch ermordet, der Fraktionsvorsitzende der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) im Bayerischen Landtag Karl Gareis am 9. Juni 1921 aus dem Hinterhalt erschossen. Dem Zentrumspolitiker Matthias Erzberger wurde zum Verhängnis, dass er sich 1917 für die Friedensresolution des Deutschen Reichstages stark gemacht und im Juni 1919 den Versailler Friedensvertrag für Deutschland unterschrieben hatte. Angehörige der Organisation Consul ermordeten ihn am 26. August 1921. Auf den ehemaligen Regierungschef, den Sozialdemokraten Philipp Scheidemann, wurde am 4. Juni 1922 ein Säureattentat verübt, das er aber überlebte.

Das Deutsche Reich befand sich in den ersten Nachkriegsjahren in einer bürgerkriegsähnlichen Situation. Das herausragende Ereignis in dieser Zeit war die Ermordung von Reichsaußenminister Walther Rathenau durch die Organisation Consul am 24. Juni 1922. Rathenau war ein prominenter Industrieller, er hatte durch den Aufbau der Kriegsrohstoffabteilung im Preußischen Kriegsministerium, die für kriegswichtige Rohstoffe zuständig war, einen entscheidenden Beitrag zur deutschen Kriegsanstrengung geleistet. Als Jude hatte er sich im Kaiserreich vom politischen Geschehen ausgeschlossen gesehen, sich aber nach Kriegsende der neugegründeten Deutschen Demokratischen Partei (DDP) angeschlossen. Seine Ermordung löste eine außerordentliche Erschütterung aus. Inmitten einer Serie von Gewalttaten und blutigen Auseinandersetzungen hielt das Land den Atem an. Schockartig wurde mit einem Mal vielen klar, was um sie herum vor sich ging. Millionen von Menschen versammelten sich in allen Städten des Reiches zu Trauerumzügen und Protestmärschen. Nach Schätzungen nahm mehr als ein Drittel der gesamten deutschen Bevölkerung an diesen Kundgebungen teil.

Als Reichspräsident Paul Löbe die Nachricht von Rathenaus Ermordung bekannt gab, verharrten die Abgeordneten zunächst in sprachloser Stille; viele weinten. Danach brach ein Sturm der Empörung los. Der



Staatsakt für Walther Rathenau am 27. Juni 1922 im Deutschen Reichstag

deutschnationale Reichstagsabgeordnete Karl Helfferich hatte noch tags zuvor in einer seiner Hetzreden Rathenau maßlos angegriffen. Jetzt saß er blass in seiner Bank und wurde von zahlreichen Abgeordneten unter »Mörder, Mörder«-Rufen attackiert. Fraktionskollegen mussten ihn aus dem Saal bringen, um Schlimmeres zu verhüten. Rathenau war wie andere Repräsentanten der Weimarer Republik von Anfang an Objekt irrwitziger Hetzkampagnen, vor allem von Antisemiten, gewesen. Doch nun waren viele erschrocken, dass das, was man immer gefordert hatte (»Knallt ab den Walther Rathenau, die gottverdammte Judensau«), tatsächlich eingetroffen war.

Am Tag darauf fand im Reichstag eine Debatte statt, die der SPD-Vorsitzende Otto Wels mit einer kämpferischen Rede eröffnete, in der er Rathenau als wahren deutschen Patriot würdigte. Höhepunkt der Sitzung aber war die Rede von Reichskanzler Joseph Wirth vom katholischen Zentrum, die mit den berühmt gewordenen Worten endete: »Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. – Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel: Dieser Feind steht rechts!«

Das Protokoll verzeichnete daraufhin: »Stürmischer langanhaltender Beifall und Händeklatschen in der Mitte und links und auf sämtlichen Tribünen. – Große langandauernde Bewegung.«²⁷

Wirths Rede wurde gemäß Reichstagsbeschluss im ganzen Land als Plakat öffentlich angeschlagen und schon am folgenden Tag erließ Reichspräsident Friedrich Ebert eine Notverordnung zum Schutz der Republik, der wenig später, am 21. Juli 1922, das Republikenschutzgesetz folgte. Dieses Gesetz war das Ergebnis parlamentarischer Kompromisse, weil man, um die bürgerliche Mitte zu gewinnen, eine Mehrheit ohne die von der SPD abgespaltene, weiter links stehende USPD finden musste und deshalb die DVP brauchte. Das Gesetz sollte einen besseren Schutz der verfassungsmäßigen republikanischen Ordnung gewährleisten. Politische Straftaten sollten strenger bestraft werden. Um dies zu gewährleisten, wurde ein eigener Staatsgerichtshof beim Reichsgericht in Leipzig errichtet. In den folgenden Jahren wurde das Gesetz häufig eher gegen die politische Linke als gegen die Rechte angewandt, was den ursprünglichen Intentionen zuwiderlief und vor allem an der reaktionären und zum Teil offen republikfeindlichen Justiz lag.

In Bayern wurde das Republikenschutzgesetz schon einen Tag nach seiner Verabschiedung durch den Reichstag vom Bayerischen Landtag wieder aufgehoben. An seine Stelle traten Strafvorschriften des Freistaates, deren wichtigste Besonderheit war, dass bayerische Straftäter dem neu gebildeten Staatsgerichtshof, der im Verdacht allzu großer Republiktreue stand, entzogen werden sollten und stattdessen weiterhin in Bayern vor Gericht kommen sollten, eine Bestimmung, von der z. B. im Jahr darauf die Teilnehmer am Hitler-Ludendorff-Putsch profitierten.

Die Erschütterung über Rathenaus Ermordung hielt nicht lange vor. Schon bald wagten Republikfeinde, Heckenschützen und Fememörder sich wieder aus ihren Verstecken. Der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund war infolge des Republikenschutzgesetzes in weiten Teilen des Deutschen Reiches verboten worden; dabei hatte eine Liste mit zwölf führenden jüdischen Persönlichkeiten, die der Bund im Umlauf gebracht hatte, eine Rolle gespielt – von denen mit Maximilian Harden und Walther Rathenau nun schon zwei Opfer von Attentaten geworden waren, während ein Dritter, der Bankier Max Warburg, rechtzeitig gewarnt werden konnte. (Der Publizist Maximilian Harden war wenige Tage nach Rathenaus Ermordung von Freikorps-Leuten brutal zusammengeschlagen worden, hatte aber knapp überlebt.) Die meisten aktiven Mitglieder des nunmehr verbotenen Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes schlossen sich der NSDAP an, die so maßgeblich gestärkt wurde, und diese Partei war eine

noch viel größere Gefahr für die erste Demokratie auf deutschem Boden. Sie hatte keineswegs die Absicht, sich mit Einzelaktionen wie Attentaten oder Fememorden zu begnügen.

Die nationalsozialistische Bewegung hatte von allem Anfang an den demokratischen Konsens aufgekündigt. Ihr Ziel war die Überwindung des »Systems«, der parlamentarischen Demokratie. Deshalb hieß die Zeitspanne der Weimarer Republik von 1919 bis 1933 im NS-Jargon später auch die »Systemzeit«. Hitler sprach ganz offen die Überzeugung aus, dass die Verfassung den Weg, aber nicht das Ziel des politischen Kampfes vorgebe. Nach der Übernahme der Macht sollten Köpfe rollen, daraus machte er keinen Hehl. An Wahlen beteiligte sich die NSDAP zunächst nicht. Stattdessen setzte sie auf einen Kurs ostentativer Gewaltanwendung. Martialisches Auftreten sollte die Partei bekannt machen, den politischen Gegner in Angst und Schrecken versetzen und den Eindruck vermitteln, dass die Nationalsozialisten nicht wie die Politiker der anderen Parteien nur Maulhelden seien, sondern ihre Ziele konsequent verfolgten.

Bereits im Januar 1920 war ein Saalschutz (S. S.) gebildet worden, der vor allem bei politischen Veranstaltungen zum Einsatz kam, die in jener Zeit nicht selten in Saalschlachten endeten. Der Saalschutz bestand vor allem aus Angehörigen verschiedener Freikorps und anderen ehemaligen Soldaten. Auch viele Angehörige der aufgelösten Marinebrigade Ehrhardt schlossen sich ihm an. 1921 bekam er den Namen Sturmabteilung (SA), im Dezember 1922 wurde Hermann Göring von Hitler zu ihrem Führer ernannt. Die SA beschränkte sich nicht auf Saalschlachten. Häufig provozierte sie blutige Straßenkämpfe mit Kommunisten oder anderen politischen Gegnern, überfiel Juden oder jüdisch aussehende Menschen auf offener Straße, randalierte in jüdischen Cafés oder Geschäften und beschmierte Synagogen mit Hetzparolen.

Den Aufbau der SA übernahmen Offiziere der Organisation Consul, an ihrer Spitze Hauptmann Ernst Röhm, der sich zunächst dem Freikorps Epp angeschlossen, aber auch gute Verbindungen zur Brigade Ehrhardt gehabt hatte. Er wurde bald zu einer Schlüsselfigur im Beziehungsgeflecht der paramilitärischen Verbände und der NSDAP. Nach der Zerschlagung der Münchner Räterepublik war er Stabschef beim Münchner Stadtkommandanten geworden und für die »Säuberung« der Sicherheitskräfte zuständig. Er organisierte auch die vom Versailler Friedensvertrag verlangte Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren und missbrauchte diese Machtposition in absolut skrupelloser Art und Weise. Außerdem kam durch die Auflösung der drei bayerischen Zeugämter eine ungeheure Menge an Waffen unter Röhm's Kontrolle, was ihm den Spitznamen



Deutscher Tag in Coburg, 14./15. Oktober 1922, links in Zivil: Alfred Rosenberg, Karl Ernst, Julius Schaub

»Maschinengewehrkönig« einbrachte. Er nutzte seine Funktion als Entwaffnungskommissar zum Aufbau einer geheimen Feldzeugmeisterei, aus der vor allem die im Aufbau befindliche NSDAP großzügig mit Waffen versorgt wurde.

Ein früher Höhepunkt der nationalsozialistischen Gewaltpolitik war der Deutsche Tag in Coburg am 14./15. Oktober 1922, eine Veranstaltung des in Bayern nach wie vor tätigen Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes. Auch Adolf Hitler sollte dort auftreten und über »neue Arbeitsmethoden in der völkischen Bewegung« sprechen. Er schrieb später in »Mein Kampf«, er sei damals eingeladen worden, in Begleitung zu erscheinen, und fügt hinzu: »Als »Begleitung« bestimmte ich achthundert Mann der S.A., die in ungefähr vierzehn Hundertschaften von München aus durch Sonderzug nach dem bayerisch gewordenen Städtchen befördert werden sollten.«²⁸ In Coburg tat die SA dann alles, um ihren Ruf als Terrortruppe, die keinen Widerspruch duldete, zu festigen. Sie zog in geschlossener Formation zweimal durch die Stadt, bis es schließlich zu der erwünschten Konfrontation mit den Vertretern der Arbeiterparteien kam, »und so hagelte es zehn Minuten lang links und rechts vernichtend nieder, und eine Viertelstunde später war nichts Rotes mehr auf den Straßen zu sehen«²⁹.

Am 28. Oktober 1922, 14 Tage nach der Prügelorgie in Coburg, die den Bekanntheitsgrad der Partei weiter gesteigert hatte, veranstalteten die »Schwarzhemden«, die paramilitärischen Milizen der italienischen Faschisten, ihren Marsch auf Rom. Drei Tage später berief der italienische König Viktor Emanuel III. ihren Führer Benito Mussolini zum Ministerpräsidenten einer Koalitionsregierung aus Faschisten, Konservativen und Katholiken. Auch wenn noch zwei Jahre vergehen sollten, bis Mussolinis Diktatur auf sicherem Fundament stand, war dies doch der erste Sieg einer faschistischen Bewegung in Europa. Das steigerte die Erregung unter den Nationalsozialisten erheblich und bedeutete einen Prestigezuwachs für die NSDAP, deren Vorsitzender nun immer wieder mit Mussolini verglichen wurde.

Auch die SA erhielt weiteren Zulauf. In der zweiten Hälfte des Jahres 1922, in der sie sich durch brutale Gewalttaten weiter profilieren konnte, stieg die Mitgliederzahl stark an. Die NSDAP und die zunehmend paramilitärisch auftretende SA waren zu einem Faktor geworden, der im nationalen Lager zunehmend ernst genommen wurde, was zugleich die Gefahr barg, dass man Hitler und die Seinen als eine Truppe von vielen in einer großen gemeinsamen Front der antidemokratischen Kräfte sah. Das war Hitler immer bewusst und er tat alles, damit die Alleinstellung der NSDAP, die Vorbedingung für seinen eigenen Aufstieg, nicht gefährdet wurde. Die Partei rief immer wieder zu spektakulären Massenversammlungen auf, bei denen er stets der Hauptredner war und die oftmals parallel veranstaltet wurden. So trat Hitler z. B. am Abend des 13. Dezember 1922 in nicht weniger als zehn Versammlungen in den wichtigsten Stadtvierteln Münchens auf.

Doch der Republik stand ihr bislang schwierigstes Jahr erst noch bevor. Wenige Wochen später, am 11. Januar 1923, marschierten französische und belgische Truppen als Reaktion auf relativ geringfügige Lieferrückstände Deutschlands bei den im Versailler Friedensvertrag festgelegten Reparationsverpflichtungen ins Ruhrgebiet ein. Der seit November 1922 amtierende parteilose Reichskanzler Wilhelm Cuno, der zuvor Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie gewesen war und nun einer Regierung vorstand, deren politische Gewichtung sich im Vergleich zum Kabinett Wirth deutlich nach rechts verschoben hatte, rief zum »passiven Widerstand« gegen die französische Besetzung auf.

In dieser Situation fand vom 27. bis 29. Januar in München der erste Reichsparteitag der NSDAP statt. Seine Genehmigung war zunächst durch Gerüchte, die Nazis wollten putschen, gefährdet gewesen, doch Hitler gab gegenüber dem Kommandeur der in Bayern stationierten 7. Division der Reichswehr, dem bayerischen Landeskommandanten Otto von Lossow,

Anfänge

eine ehrenwörtliche Erklärung ab, dass alles in gesetzmäßigen Bahnen verlaufen werde. Dieser Parteitag geriet zu der bis dahin spektakulärsten Machtdemonstration der Nationalsozialisten. Am Vorabend trat Hitler auf zwölf parallelen Massenversammlungen auf. Er wurde mit dem Auto von einem zum nächsten Veranstaltungsort gefahren, wo andere Redner wie z. B. Hermann Esser die wartende Menge bei Laune hielten.



Einzug aus Afrika stammender französischer Soldaten in Essen, Januar 1923

Der mit den Nazis sympathisierende Historiker Karl-Alexander von Müller erlebte das Schauspiel im Löwenbräu-Keller: »Eigne Kampflieder, eigne Fahnen, eigne Symbole, ein eigener Gruß, militärähnliche Ordner, ein Wald grellroter Fahnen mit einem schwarzen Hakenkreuz auf weißem Grund, die seltsamste Mischung von Soldatischem und Revolutionärem, von Nationalistischem und Sozialem. Stundenlang ununterbrochen dröhnende Marschmusik, stundenlang kurze Reden von Unterführern, wann würde er kommen? War doch noch ein Unerwartetes dazwischengetreten? Niemand beschreibt das Fieber, das in dieser Atmosphäre um sich griff. Plötzlich, am Eingang hinten, Bewegung, Kommandorufe. Der Sprecher auf dem Podium bricht mitten im Satz ab. Alles springt mit Heilrufen auf.

Und mitten durch die schreienden Massen und die schreienden Fahnen kommt der Erwartete mit seinem Gefolge, raschen Schritts, mit starr erhobener Rechten zur Estrade.«³⁰ Mehrere Tausend SA-Männer standen bereit, jede abweichende Meinung im Publikum brutal zu unterdrücken.



Demonstration anlässlich des ersten Parteitags der NSDAP in München, 27.–29. Januar 1923 (Foto: Willy Römer)

Den Höhepunkt der Kundgebungen des eigentlichen Parteitags bildete eine »feierliche Fahnenweihe«, bei der der SA ihre ersten Standarten verliehen wurden. Zugleich legten die Männer einen Treueid auf den »Führer« ab. Der Parteitag festigte das Bild der NSDAP als der am besten organisierten und entschlossensten Kraft innerhalb der politischen Rechten. Das martialische Auftreten galt als Ausweis von Tatkraft. Anfang Februar konstituierte sich die »Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Kampfverbände«. Es war dies eine Abspaltung von den eher traditionell-völkisch orientierten Vereinigten Vaterländischen Verbänden Bayerns, deren Ehrenpräsident Gustav von Kahr war. Letztere umfassten 140 verschiedene Organisationen, von den ehemaligen Einwohnerwehren über Offiziers- und Soldatenverbände, völkische Organisationen wie den Schutz- und Trutzbund und Wirtschaftsverbände bis hin zu Jugendbünden. Die

Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Kampfverbände war demgegenüber aggressiver, antisemitischer und aktivistischer. Ihren Kern bildeten die SA, die paramilitärischen Wehrverbände »Reichsflagge« und Bund Oberland sowie der Münchner Teil der ehemaligen Einwohnerwehr. Die Eingliederung der SA in diese Arbeitsgemeinschaft förderte erheblich ihren Ausbau zum paramilitärischen Wehrverband. Sie löste sich nun ganz von der Organisation Consul und erhielt unter Görings Leitung ein eigenes generalstabsmäßiges Oberkommando.

Am 20. März beriet der Verfassungsausschuss des Bayerischen Landtags über einen Antrag der SPD, die SA zu verbieten. Die bürgerliche Mehrheit lehnte ein Verbot mit dem Argument ab, dass sogenannte Sturmabteilungen und Stoßtrupps nicht nur bei den Nationalsozialisten, sondern auch bei den Sozialdemokraten bestünden. Schließlich setzte sich nach längerer Diskussion die Linie der Bayerischen Volkspartei (BVP) durch, solche Stoßtrupps zu dulden, solange sie nur dem Schutz eigener Versammlungen dienten, sie aber aufzulösen, »falls ihr Ziel auf Gewalttätigkeit, Bedrohung der Staatsgewalt oder Gefährdung der öffentlichen Ordnung geht«.³¹ Angesichts all dessen, was bereits vorgefallen war, war dieses »falls« blanker Hohn. Es dokumentierte lediglich, wie fest die von der BVP maßgeblich getragene Bayerische Regierung dazu entschlossen war, das nationalsozialistische Treiben zu ignorieren, solange es sich nur gegen das Regime der »Novemberverecher«, d. h. gegen die Regierung in Berlin, richtete.

Schon bald danach machte die SA wieder durch eine einschlägige Aktion von sich reden. Nachdem, entgegen einem Ansinnen der Nationalsozialisten, die Feiern zum 1. Mai von der Bayerischen Regierung nicht verboten worden waren, machten die Nazis sich daran, die Hauptveranstaltung, die Hitler als »jüdisches Sowjetfest« bezeichnete, mit Gewalt zu sprengen. 20000 meist bewaffnete SA-Leute und Angehörige der Kampfverbände versammelten sich auf dem Oberwiesenfeld in München. Hitler trat mit Eisernem Kreuz und Stahlhelm auf. Angesichts der starken Polizeiverbände, die das Gelände abriegelt hatten, und der Reichswehr, die sich im Hintergrund bereithielt, blieb es bei Wehrübungen. Man darf annehmen, dass Hitler selbst von Anfang an nicht mehr als eine Demonstration seiner Macht geplant hatte. Am Abend fand das gespenstische Schauspiel dann seinen Abschluss mit einer »Deutschen Maifeier« im überfüllten Zirkus Krone mit Adolf Hitler als Hauptredner.

Die Ereignisse des 1. Mai hätten für Hitler erhebliche Schwierigkeiten nach sich ziehen können. Der bayerische Innenminister Franz Xaver Schwyer (BVP) war ein engagierter Katholik und entschiedener Nazigegner, was ihn nach 1933 sogar ins Gefängnis brachte. Schwyer leitete ein

Ermittlungsverfahren ein, das allerdings angesichts der nationalistischen Gesinnung des Justizministers Franz Gürtner, der der deutschnationalen Bayerischen Mittelpartei angehörte und von 1932 bis 1941 dann Reichsjustizminister sein sollte, nie so recht in Gang kam. (1924 erzwangen die Deutschnationalen das Ausscheiden Schweyers aus der Bayerischen Staatsregierung.) Dennoch sah sich Hitler angesichts der drohenden Widerrufung der für eine frühere Haftstrafe ausgesetzten Bewährung genötigt, eine umfangreiche Denkschrift vorzulegen, in der er die NSDAP als wahrhaft patriotische Bewegung vorstellte: »Die nationalsozialistische Bewegung ist demgemäß Todfeindin des heutigen parlamentarischen Systems. Sie bekämpft die demokratische Majoritätsauffassung und wünscht an ihre Stelle eine germanische Demokratie der Führerautorität.«³²

Diese Denkschrift ist ein frühes Dokument einer sich herauskristallisierenden nationalsozialistischen politischen Doktrin. Begleitet ist sie von einer stark stilisierten Darstellung der eigenen Geschichte. Die Bewegung suche ihre Ziele »zu erreichen durch gründliche Propaganda und Volksaufklärung«, die SA sei ursprünglich gänzlich unbewaffnet gewesen und so zum hilflosen Objekt der Überfälle marxistischer Sprengkolonnen geworden; die Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Kampfverbände sei eine Reaktion auf die Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen.

Die Mitwirkung der Reichswehr bei der Bewaffnung der Kampfverbände wurde ebenfalls thematisiert, verbunden mit der Drohung, die geheime Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen im Falle eines Prozesses vor Gericht offenzulegen. Das wäre für die Regierung alles andere als angenehm gewesen, denn es gab viele Formen der Kooperation, die in der Öffentlichkeit schwerlich zu rechtfertigen gewesen wären. Außerhalb Münchens war die SA am 1. Mai mancherorts sogar als »Notpolizei« eingesetzt worden. Mit dem gegen Adolf Hitler eingeleiteten Ermittlungsverfahren ging es schließlich nicht anders als mit den allermeisten Ermittlungsverfahren gegen rechte Gewalttäter; es verlief im Sande. Justizministerium und Staatsanwaltschaft kamen überein, den Prozess aus Gründen der Staatsräson auf eine »ruhigere Zeit« zu verschieben.³³

Die NSDAP ging aus den Auseinandersetzungen um den 1. Mai gestärkt hervor. Wieder einmal hatte sie die staatliche Autorität massiv provoziert und wieder einmal war es geduldet worden, was zum einen das Image der Nazis als entschlossen handelnder Bewegung stärkte und zum anderen der Öffentlichkeit erneut zeigte, was von den gegenwärtigen staatlichen Autoritäten zu halten war: Zu einer entschlossenen Verteidigung der demokratischen Ordnung waren sie entweder nicht willens oder nicht in der Lage. Der nächste Schritt folgte auf dem »Deutschen Tag« in Nürn-

berg am 1./2. September 1923. Die zum aktiven bewaffneten Kampf gegen die Regierung in Berlin entschlossenen Gruppen – SA, Bund Oberland und Reichsflagge – verließen die Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Kampfverbände und bildeten den »Deutschen Kampfbund«. Betrieben hatte diese Gründung vor allem auch General Ludendorff, der sich nun offen an die Seite Hitlers stellte. Geschäftsführer des Deutschen Kampfbundes wurde der Deutschbalte Max Erwin von Scheubner-Richter, der zugleich ein wichtiger Mittelsmann zwischen der Ludendorff-Bewegung und Hitlers Anhängern war.

Der »passive Widerstand« gegen die Besetzung des Ruhrgebietes brachte das Deutsche Reich unterdessen in immer größere wirtschaftliche Schwierigkeiten, weil die Streikaktionen erhebliche Einnahmeausfälle zur Folge hatten. Die Inflation erreichte astronomische Ausmaße. Zusätzlich zu den katastrophalen Wohnverhältnissen litten viele Menschen nun Hunger. Am 26. September musste der neue Reichskanzler und Außenminister Gustav Stresemann das Ende des »passiven Widerstandes« verkünden. Noch am selben Tag ernannte die Bayerische Staatsregierung den früheren Ministerpräsidenten Gustav Ritter von Kahr gemäß Artikel 48 (4) der Weimarer Verfassung zum Generalstaatskommissar mit diktatorischen Vollmachten. Kahr verhängte den Ausnahmezustand und unterstellte die in Bayern stationierten Truppen seinem Kommando.

Damit übernahm der republikfeindlich eingestellte Kahr die gesamte vollziehende Gewalt; er war nun gewissermaßen ein bayerischer Diktator. Kahr brach die diplomatischen Beziehungen zur sozialistisch geführten Regierung von Sachsen ab und verbot zahlreiche linkserichtete Zeitungen. Auf der anderen Seite weigerte sich Kahr, dafür Sorge zu tragen, dass das von Reichswehrminister Otto Geßler verfügte Verbot des »Völkischen Beobachters«, der den Reichskanzler in maßloser Weise angegriffen hatte, durchgeführt wurde. Als Geßler deshalb den bayerischen Wehrkreiskommandeur Otto von Lossow seines Postens enthob, setzte Kahr ihn wieder ein. Bei all diesen Unternehmungen unterstützte ihn der Chef der bayerischen Landpolizei Hans von Seißer.

Gleichzeitig gab es intensive Kontakte zwischen den Kräften um das bayerische Triumvirat Kahr, Lossow und Seißer, den norddeutschen antidemokratischen Kräften, den zu einem radikalen Umsturzversuch entschlossenen Hitler und Ludendorff und der rheinischen Schwerindustrie. Es ging um das weitere Vorgehen gegen die Reichsregierung. Dabei bevorzugten die Ersteren einen »kalten Staatsstreich« ohne militärische Auseinandersetzungen, der erfolgen sollte, nachdem Industrie und Landwirtschaft die Reichsregierung durch ökonomische Pressionen zur Strecke

gebracht hatten, Hitler war dabei lediglich die Rolle eines Propagandisten zugeordnet, doch das entsprach nicht mehr seinem Selbstverständnis. Hatte er zu Beginn seine »höchste Berufung« darin gesehen, Trommler für die nationale Sache zu sein, so wollte er nun Führer der Bewegung zur Restitution von nationaler Einheit und Größe sein. Seine Ungeduld wuchs, doch die Einbindung der immer noch zögernden Kahr, Lossow und Seißer hielt man für unumgänglich, wenn das Unternehmen Erfolg haben sollte. Es kam aber zu keiner Einigung.

Indes wuchsen innerhalb der NSDAP die Ambitionen, bald die entscheidende Kraftprobe zu suchen, immer weiter. Schon am 16. September 1923 hatte unter dem Eindruck des vielerorts gefeierten »Deutschen Tags« die Schwäbische Volksstimme geschrieben: »Nach ehrlichen Kämpfen werden die Sturmabteilungen der National-Sozialistischen Arbeiterpartei Großdeutschlands das Verbrechergesindel in Berlin, wo der jüdische Saustall Deutschland zu ersticken im Begriffe ist, hinwegfegen und die Diktatur Hitlers wird mit Energie, Entschlossenheit und Brutalität das einige Großdeutschland zu lichten Höhen emporführen.«³⁴ Wenn heutzutage eine Zeitung sich derart einlassen und die Bundesregierung als »Verbrechergesindel« apostrophieren würde, würde das unfehlbar Polizei und Staatsanwalt auf den Plan rufen. Damals galten bei vielen solche Hassparolen als Ausdruck besonders patriotischer Gesinnung.

Nach dem Scheitern des passiven Widerstands trieben die Dinge einer Entscheidung zu. Als am 2. November die Sozialdemokraten das Kabinett Stresemann verließen, stieg die Spannung weiter an. Viele erwarteten eine Militärdiktatur unter Generaloberst Hans von Seeckt, dem Chef der Heeresleitung der Reichswehr. In Bayern sammelten sich bereits paramilitärische Verbände an der Grenze zu Thüringen zum »Marsch auf Berlin«. Immer mehr Stimmen forderten, jetzt loszuschlagen. Kahr setzte nach wie vor auf eine bayerische Rechtsdiktatur zur Restitution der Monarchie. Im Deutschen Reich sollte ähnlich dem bayerischen Modell ein Direktorium die Macht übernehmen, während die Nationalsozialisten nach dem Sturz der Reichsregierung die neue Staatsführung selbst stellen wollten. Kahr, Lossow und Seißer zögerten weiterhin, zur Aktion zu schreiten, da ihnen die Erfolgsaussichten zu ungewiss schienen und über die Ziele der Erhebung keine letzte Einigkeit erzielt worden war. Daraufhin rief Hitler zu einer Besprechung in die Wohnung Hermann Kriebels, des militärischen Führers des Kampfbundes, an der unter anderen General Ludendorff, der Vorsitzende des Bundes Oberland Friedrich Weber sowie als Vertraute Hitlers Max Erwin von Scheubner-Richter und Hermann Göring teilnahmen. Mit dem Putsch wollte man nun nicht mehr länger warten. Er sollte

in München erfolgen, die Machtübernahme gleichzeitig in allen großen bayerischen Städten. Frick, nach wie vor Chef der politischen Abteilung der Münchner Polizeidirektion, sollte dafür sorgen, dass die Polizei nicht intervenierte. Zur Niederhaltung der Bevölkerung waren Standgerichte vorgesehen.

Der von Alfred Rosenberg und Max-Erwin von Scheubner-Richter entworfene Putschplan hatte ursprünglich den 4. November als Tag der Erhebung vorgesehen, den Totengedenktag, an dem das bayerische Triumvirat einen Vorbeimarsch abnehmen würde. Die drei sollten von bewaffneten SA-Leuten umstellt und so überredet werden, sich an die Spitze der von Hitler proklamierten nationalen Revolution zu stellen. Diese Idee wurde wieder verworfen, doch schon vier Tage später bot sich eine neue Gelegenheit. Am Abend des 8. November fand eine von Gustav von Kahr angesetzte Kundgebung im Münchner Bürgerbräukeller statt, die von den Vaterländischen Verbänden und der Bayerischen Volkspartei getragen wurde. Fast das gesamte bayerische Kabinett sowie viele führende Vertreter des Münchner öffentlichen Lebens waren anwesend. Kahr hatte gerade erst mit seiner Rede zur politischen Lage begonnen, als bewaffnete Nationalsozialisten den restlos überfüllten Saal abriegelten. Hitler drang bis zur Rednertribüne vor und nötigte Kahr, Lossow und Seißer mit ihm in einen Nebenraum zu gehen. Die drei widersetzten sich anfangs dem Putschplan, weshalb Hitler allein in den Saal zurückkehrte, wo er zunächst nur einen kleinen Teil des Publikums auf seiner Seite hatte.

Karl-Alexander von Müller hat die Situation geschildert: »Eine gefährliche Welle der Erregung brandete zu ihm auf, als er wieder das Podium bestieg. Sie schwoll nicht ab, als er ansetzte zu reden. Ich sehe noch deutlich seine Bewegung, wie er den Browning hinten aus der Tasche zog und einen Schuss gegen die Decke abfeuerte. Wenn nicht Ruhe wird, rief er zornig, lasse ich ein Maschinengewehr auf der Galerie aufstellen. Was dann folgte, war ein rednerisches Meisterstück. Er begann völlig ruhig, ohne jedes Pathos. Was geschehe, richte sich in keiner Weise gegen Kahr. Dieser habe sein volles Vertrauen und solle Landesverweser Bayerns werden. Gleichzeitig aber müsse eine neue Regierung gebildet werden: Ludendorff, Lossow, Seißer und er. Ich kann mich nicht erinnern, je in meinem Leben einen solchen Umschwung der Massenstimmung in wenigen Minuten, fast Sekunden erlebt zu haben. Sicher gab es noch viele, die nicht bekehrt waren. Aber die Stimmung der Mehrheit hatte völlig umgeschlagen. Hitler hatte sie mit einigen Sätzen umgedreht, wie man einen Handschuh umdreht.«³⁵

Wenig später kehrten Kahr und die anderen Seite an Seite mit Hitler auf die Rednertribüne zurück. Die Leitung der Reichspolitik beanspruchte



Bayerische Landespolizisten, mit Speiben bewaffnet, nach der Vertreibung der Putschisten, 9. November 1923

Hitler für sich selbst, Ludendorff wurde zum Führer einer »Nationalarmee« ausgerufen, Lossow zum »militärischen Diktator«, Seißer zum »Reichspolizeiminister«. Kahr wurde zum Verweser der bayerischen Monarchie, der das Amt des Königs provisorisch ausübte, erklärt, der Münchner Polizeipräsident Pöhner zum bayerischen Ministerpräsidenten. Der sich im Saal befindende amtierende Ministerpräsident Eugen von Knilling (BVP) wurde zusammen mit einigen ebenfalls anwesenden Ministern gefangen gesetzt.

Kahr, Lossow und Seißer – von Hitler in Gnaden entlassen – begaben sich zur Kaserne des Infanterieregiments 19 und widerriefen sofort ihre Teilnahme an dem Putsch, sodass der Marsch auf Berlin, der am nächsten Morgen am Bürgerbräukeller begann, an der Feldherrnhalle, wo die Landpolizei wartete, schon wieder zu Ende war. An der Spitze der bunt zusammengewürfelten Schar, die aus einigen Tausend Mann verschiedener paramilitärischer Verbände und nur wenigen Reichswehroffizieren bestand, marschierten Hitler und Ludendorff, begleitet von Göring, Scheubner-Richter, Kriebel, Weber, Rosenberg, dem eben zum Finanzminister ernannten Gottfried Feder und Heinrich Himmler, der damals gerade sein Studium

abgeschlossen hatte. Auch Julius Streicher war dabei: Er war aus Nürnberg gekommen und hatte am Morgen auf dem Marienplatz vor einer großen Menschenmenge eine seiner berüchtigten antisemitischen Hetzreden gehalten. Röhm hielt mit 400 Mann der »Reichskriegsflagge« das Wehrkreiskommando besetzt. Rudolf Heß bewachte in der Villa des Verlegers Lehmann das gefangen gesetzte Kabinett.

Bei dem Schusswechsel an der Feldherrnhalle kamen vier Polizisten und 16 Putschisten ums Leben. Unter ihnen war Theodor von der Pfordten, Richter am Obersten Bayerischen Landesgericht, in dessen Tasche man den Entwurf für eine neue Verfassung fand, der dem, was nach 1933 über Deutschland hereinbrach, schon recht nahekam. Andere wurden verwundet wie z.B. Hermann Göring, der einen Schuss ins Bein erhielt. Auch von Hitler selbst hieß es, er sei verwundet worden. Tatsächlich hatte ihn der tödlich getroffene Scheubner-Richter mit zu Boden gerissen und ihm dabei das Schultergelenk ausgerenkt. Hitler floh in die Villa seines späteren Pressechefs Ernst Hanfstaengl in Uffing am Staffelsee, wo er sich im Kleiderschrank versteckte, aber trotzdem bald verhaftet wurde. Auch Ludendorff und einige andere wurden verhaftet. Einige Putschisten wie z.B. Hermann Göring flohen ins Ausland, die meisten über die grüne Grenze nach Österreich. Außerhalb Münchens blieb die Lage, abgesehen von einem kurzen Erhebungsversuch in Regensburg, völlig ruhig, weil die SA und der Bund Oberland nur über so begrenzte Kräfte verfügten, dass sie fast ihre gesamten Mannschaften in München hatten zusammenziehen müssen.

Der Putsch war so kläglich gescheitert, dass er im Nachhinein als Farce erschien. Dennoch begann die Verklärung der Ereignisse bereits unmittelbar danach. Hitler war für viele ein Held, der etwas gewagt hatte, Kahr galt ihnen als Verräter. Immer wieder hörte man in den Straßen den Ruf: »Nieder mit Kahr, hoch mit Hitler!« Wiederholt kam es zu tätlichen Angriffen auf Polizeikräfte und zu Zusammenrottungen von Enttäuschten. Selbst außerhalb Bayerns kam es zu Krawallen von Hitler-Anhängern. Diese schworen mehr denn je auf ihren »Führer«. Hitler selbst bemerkte später: »Es war das größte Glück für uns Nationalsozialisten, dass dieser Putsch gescheitert ist.« Die Gründe, die er angibt, sind zutreffend:

1. Eine Zusammenarbeit mit Ludendorff wäre auf Dauer nicht möglich gewesen.
2. Die NSDAP war noch viel zu schwach, um die politische Herrschaft im ganzen Deutschen Reich zu übernehmen.
3. Die »Vorgänge [...] mit ihren Blutopfern« waren die »wirksamste Propaganda«.³⁶

Aber das ist eine nachträgliche Deutung, in der auch Hitlers Unfähigkeit, sich Niederlagen einzugestehen, zum Ausdruck kommt. Zunächst einmal war der gescheiterte Putsch eine schwere Niederlage, die Hitler in tiefe Depressionen stürzte.

Das Deutsche Reich hatte sich diesmal gegen die widerspenstigen Bayern durchgesetzt, die mit dem Grundsatz der Reichstreue noch immer große Mühe hatten. Der bayerische Teil der Reichswehr wurde diszipliniert, ihr Kommandeur Lossow unehrenhaft entlassen. Die schweren Konflikte Bayerns mit der Reichsgewalt fanden einen vorläufigen Abschluss. Gustav von Kahr musste vom Posten des Generalstaatskommissars zurücktreten und wurde Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes. 1934 ließ ihn Hitler, der ihm den damaligen Verrat nicht verziehen hatte, im Zuge des sogenannten Röhm-Putsches (s. S. 183) beseitigen.

Die Weimarer Republik hatte sich scheinbar als wehrhaft erwiesen. Doch dabei war sie auf Leute angewiesen wie den Chef der Heeresleitung, den monarchistisch gesinnten Generaloberst Hans von Seeckt, der es weit von sich gewiesen hätte, sich demokratischer Neigungen verdächtigen zu lassen. Er sah in der Reichswehr eine Ordnungsmacht, die über dem Staat stand. 1923 von Reichspräsident Ebert mit der vollziehenden Gewalt betraut, war er eine Art Militärdiktator, der gegen die immerhin legal zustande gekommene Koalition aus SPD und KPD in Thüringen die Reichswehr in Marsch setzte, sich aber beim Kapp-Putsch wie beim Hitler-Putsch – getreu dem alten Grundsatz »Truppe schießt nicht auf Truppe« – neutral verhielt. Die um Hitler gescharten Putschisten, deren Niederwerfung man der Landpolizei überließ, konnten allerdings nur bei höchst eigenwilliger Definition dieses Begriffs als Truppe angesprochen werden.

Entscheidend für Hitlers Niederlage war, dass es ihm nicht auch nur im Ansatz gelungen war, eine wirksame Verbindung zu Kräften in Norddeutschland herzustellen. Zunächst einmal war die nationalsozialistische Bewegung zerschlagen. Der »Völkische Beobachter« musste sein Erscheinen ebenso einstellen wie der »Stürmer«. Das Eigentum der Partei – Fahrzeuge, Einrichtung, Finanzmittel und Waffen – wurde beschlagnahmt. Zudem war die Partei führunglos. Scheubner-Richter war tot, Hitler, Frick, Körner, Röhm und Amann saßen im Gefängnis, Göring, Heß und Esser hatten sich nach Österreich abgesetzt. Hitler hatte, kurz bevor er verhaftet wurde, Hanfstaengls Frau verschiedene Anweisungen diktiert. Auf einem dieser Zettel stand: »Lieber Rosenberg, Führen Sie ab jetzt die Bewegung.« Mit Alfred Rosenberg wählte Hitler unter den noch verbliebenen Mitstreitern einen Mann, dessen Loyalität außer Frage stand und der als Persönlichkeit auch nicht stark genug gewesen wäre, ihn zu verdrängen.



Teilnehmer des Hitler-Ludendorff-Putschs vor der Zentralen Infanterieschule, in der das Münchner Volksgericht tagte, 3. März 1924, in der ersten Reihe u.a.: Oberstleutnant Hermann Kriebel, Erich Ludendorff, Adolf Hitler, Ernst Röhm

Am 30. Januar 1924 meldete Rosenberg als Ersatz für die NSDAP die Großdeutsche Volksgemeinschaft (GVG) als Verein an, um eine legale Basis für die Aktivitäten der verbotenen Partei zu haben. Nachdem der Putschversuch gescheitert war und seinen Anführern der Prozess gemacht wurde, war die völkische Bewegung rasch in rivalisierende Gruppen zerfallen. Bereits am 6. Januar war in Bamberg der Völkische Block gegründet worden, ein Zusammenschluss völkischer, antisemitischer und nationalistischer Gruppen, der bald zur wichtigsten Organisation im rechten antidemokratischen Lager wurde. Seine Führer kamen vom rechten Flügel der deutschnationalen Bayerischen Mittelpartei. Während in der GVG eher antisemitische Radaubröder wie Hermann Esser und Julius Streicher den Ton angaben, war der Völkische Block von Akademikern, Beamten, Honoratioren und Monarchisten geprägt. Vom Verbot der NSDAP waren auch die Unterorganisationen der Partei betroffen. Die Angehörigen der verschiedenen Kompanien der SA benutzten in der Verbotszeit die unterschiedlichsten Tarnungen. Die einen bildeten den Schützenverein »Phönix«, andere den Gesangsverein »Treu Deutschland«, wieder andere den Rauchklub »Handgranate«. Auch »Die lustigen Wandervögel« und Sparvereine gab es.

Am 26. Februar 1924, begann der Prozess gegen Adolf Hitler, Erich Ludendorff und acht weitere Angeklagte, der 24 Verhandlungstage umfasste. Er fand vor dem bayerischen Volksgericht in München statt, nicht vor

dem eigentlich zuständigen Staatsschutzsenat des Reichsgerichts in Leipzig, da die Bayerische Staatsregierung den gegen Hitler erlassenen Haftbefehl des Reiches einfach ignoriert hatte. Hitler hatte listigerweise sogar eine Verhandlung in Leipzig gefordert: »Ich halte den Staatsgerichtshof in diesem Falle für viel objektiver. Ich bin insbesondere davon überzeugt, dass das bayerische Volksgericht nicht den Mut finden wird, die notwendige Folgerung aus dem Verhandlungsergebnis zu ziehen, dass aber der Staatsgerichtshof nicht davor zurückschrecken würde, das zu tun. In Leipzig würden verschiedene Herren den Gerichtssaal vielleicht noch als Zeugen betreten, verlassen würden sie ihn sicher als Gefangene. In München geschieht das natürlich nicht.«³⁷ Hitler hatte schon bei den ersten Vernehmungen klar die Strategie vor Augen, das Triumvirat Kahr, Lossow und Seißer als Mittäter in die Sache mit hineinzuziehen. Es mag bei der Entscheidung, den Prozess in München zu führen, tatsächlich die Überlegung eine Rolle gespielt haben, dass man eine Bloßstellung Gustav von Kahrs und der anderen vermeiden wollte. Zudem wurden weite Teile des Hitler-Prozesses unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt.

Hitler nutzte den Prozess außerordentlich geschickt als Agitationsbühne. Sein rhetorisches Talent kam ihm dabei zustatten. Auch wenn er hier nicht zu Tausenden, sondern nur zu einer relativ kleinen Menschenmenge sprechen konnte, so konnte er sich doch darauf verlassen, dass die Kunde von seinen Auftritten sich rasch verbreiten würde. Der Prozess steigerte Hitlers Popularität enorm. Die »Münchner Neuesten Nachrichten« schrieben zur Urteilsverkündung: »Wir machen keinen Hehl daraus, dass unsere menschlichen Sympathien auf Seiten der Angeklagten in diesem Prozess und nicht auf Seiten der Novemberverbrecher vom Jahre 1918 stehen.«³⁸ Die antidemokratisch-antirepublikanische Stimmung, die sich in Bayern zugleich auch immer gegen die Reichsregierung richtete, erlebte einen neuen Höhepunkt.

In dieser Atmosphäre war eine entschiedene, die Verbrechen in ihrer Schwere ergründende Verhandlungsführung kaum denkbar, sie lag wohl auch gar nicht in der Absicht von Oberlandesgerichtsrat Georg Neithardt, der nach der Zerschlagung der Räterepublik zum Vorsitzenden des Volksgerichts berufen worden war. Während des Hitler-Putsch-Prozesses gingen nicht nur Emissäre des Justizministeriums, sondern auch die Anwälte der Angeklagten im Richterzimmer ein und aus. Dazu passt die rasche Beförderung Neithardts zum Präsidenten des Münchener Oberlandesgerichts im September 1933.

Am 1. April 1924 erging das Urteil gegen Hitler und die Mitangeklagten, die Karikatur einer Entscheidung nach einem rechtsstaatlichen Verfahren.

Anfänge

Hitler, Weber, Kriebel und Pöhner wurden als Haupttäter eingestuft und erhielten eine fünfjährige Haftstrafe, nicht Gefängnis, sondern die als ehrenvoll angesehene Festungshaft. Brückner, Röhm, Pernet, Wagner und Frick erhielten je ein Jahr und drei Monate Festungshaft. Ludendorff wurde freigesprochen und verließ unter Ovationen das Gerichtsgebäude. Mit den verhängten Strafen ging das Gericht an die unterste Grenze des Strafrahmens. Zusätzlich bewilligte es aus »all den zugunsten der Verurteilten sprechenden Gründen« Bewährungsfristen, sodass Brückner, Röhm und Frick als freie Männer aus dem Gerichtssaal gingen. Schließlich sah der Gerichtshof von der zwingend vorgeschriebenen Ausweisung des Ausländers Hitler ab, denn: »Auf einen Mann, der so deutsch denkt und fühlt wie Hitler, kann nach Auffassung des Gerichts die Vorschrift des Republikenschutzgesetzes ihrem Sinne und ihrer Zweckbestimmung nach keine Anwendung finden.«³⁹



In privilegierter Festungshaft in Landsberg am Lech, von links: Adolf Hitler, Emil Maurice, Oberstleutnant Hermann Kriebel, Rudolf Heß, Dr. Friedrich Weber, 1924

Hitler und die wenigen zu einer etwas längeren Haftstrafe verurteilten Mitkämpfer nahmen nun auf der Feste Landsberg Quartier. Bald entfaltete sich ein regelrechter Kasinobetrieb. Der Tag begann mit einem Arbeitsfrühstück unter der Hakenkreuzfahne. Jeder der Herren hatte eine kleine Suite von ein bis zwei Zimmern. Es gab einen Rauchsalon und des Abends wurden rauschende Feste gefeiert. Eigene Räume standen zur Verfügung für die Stöße von Post und die zahllosen Geschenke und Blumensträuße, die von überall her kamen. Es wurde aber auch politische Arbeit geleistet. Die Parteiprominenz machte ihre Aufwartung, um Anweisungen entgegenzunehmen. Vertreter der DVFP waren unter den Besuchern, eine Delegation der österreichischen Nationalsozialisten und Vertreter der völkischen Presse. Auch staatliche Stellen wie die Reichswehr hielten weiterhin Kontakt. Insgesamt kamen über 400 Personen, davon allein zu Hitlers Geburtstag am 20. April mehr als zwanzig. Dabei sind die vielen, die Hitler nicht empfing, noch gar nicht mitgerechnet. Die Festung in Landsberg entwickelte sich zu einem regelrechten Wallfahrtsort.

Wenige Tage nach Hitlers Haftantritt, am 6. April 1924, fanden in Bayern Landtagswahlen statt. Sie zeigten schlagartig, wie weit die Erosion des demokratischen Fundaments der Weimarer Republik in den wenigen Jahren seit ihrer Gründung vorangeschritten war. Die BVP blieb mit 32,8% der Stimmen zwar die stärkste Kraft, fiel aber von 65 auf 46 Mandate zurück. Die SPD verlor trotz leichter Stimmengewinne zwei Sitze und kam auf 23 Mandate, der DDP blieben von ihren 13 Mandaten ganze drei. SPD, DDP und BVP hätten zwar im Bayerischen Landtag noch immer eine Mehrheit gehabt, aber die BVP, die viel konservativer als ihre Schwesterpartei, das Zentrum, war, wollte von einer Zusammenarbeit mit der SPD nichts wissen. Sie bevorzugte ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen und dem Bayerischen Bauernbund. Ministerpräsident wurde Heinrich Held, der dieses Amt bis 1933 ausübte.

Der große Gewinner der Landtagswahl aber war der vier Monate zuvor gegründete Völkische Block, der auf Anhieb mehr als 500 000 Stimmen bekam und so 23 Mandate errang, genauso viele wie die SPD. Mit Georg Wiesenbacher und Julius Streicher kamen auch zwei Vertreter der GVG über die Liste des Völkischen Blocks in den Bayerischen Landtag. Der Hitler-Prozess, der wenige Tage zuvor zu Ende gegangen war, hatte die Popularität des Völkischen Blocks enorm gesteigert. In München wurde er mit 28,5% der Stimmen sogar stärkste Partei. Prominente Abgeordnete waren der Landshuter Apotheker Gregor Strasser, der später Reichsorganisationsleiter der NSDAP wurde, der Landtagsbibliothekar Rudolf Buttman, der im Jahr darauf zur NSDAP überwechselte, der Gründer

der DAP Anton Drexler und der frühere Polizeipräsident und verurteilte Putschist Ernst Pöhner.

Am 4. Mai 1924 wurde auch der Deutsche Reichstag neu gewählt. Hier kandidierte die Nationalsozialistische Freiheitspartei (NSFP), eine Listenverbindung aus der DVFP, die sich von der DNVP abgespalten hatte, und Kandidaten der verbotenen NSDAP. Das Bündnis erzielte einen beachtlichen Erfolg mit 6,5% der Stimmen und 32 Mandaten, darunter zehn für Nationalsozialisten. Gewählt wurden unter anderen Gregor Strasser, Erich Ludendorff, Ernst Röhm und Wilhelm Frick. Spitzenergebnisse erreichte das Wahlbündnis in Bayern, 20,7% in Franken, 17% in Oberbayern-Schwaben und selbst in dem sehr katholisch geprägten Niederbayern immer noch 10,2%.

Die Nationalsozialisten, wenn auch nur Juniorpartner in der völkischen Listenverbindung, konnten in dem ersten parlamentarischen Probelauf durchaus einen Erfolg sehen. Die putschistische Linie hatte mit aller denkbaren Theatralik im Pulverdampf vor der Feldherrnhalle eine Niederlage hinnehmen müssen. Was lag da näher, als den parlamentarischen Weg zu beschreiten? Und was konnte einer verbotenen Partei Besseres passieren, als dass einige ihrer wichtigsten Vertreter regelmäßig an den Versammlungen des höchsten Gesetzgebungsorgans teilnehmen und so die »Schwatzbude« des Parlaments zu ihrer Tribüne machen konnten und dabei noch den Schutz der parlamentarischen Immunität genossen? Es gab unter den Haudegen der Frühzeit auch solche, die für einen legalistischen Kurs kein Verständnis hatten, wie Ernst Röhm und Hermann Kriebel, der im Gefängnis saß und sein Mandat ohnehin nicht wahrnehmen konnte. Der Interimsvorsitzende Alfred Rosenberg setzte sich aber darüber hinweg, er trat nachdrücklich dafür ein, die propagandistischen Möglichkeiten des Wahlkampfes zu nutzen. In dieser reichsweiten Aktivität sah er auch eine gute Möglichkeit, den Zusammenhalt der immerhin illegalen Partei zu fördern, während Hitler selbst ablehnend blieb, sodass Rosenbergs Initiative entscheidend für die Parlamentarisierung der nationalsozialistischen Bewegung war.

Gravierender noch als die Frage einer gemeinsamen Beteiligung an Wahlen war die einer grundsätzlichen Zusammenarbeit der NSDAP mit der DVFP, womöglich mit dem Ziel einer Verschmelzung. Rosenberg, hier ganz im Sinne Hitlers handelnd, opponierte entschieden dagegen. Doch die norddeutschen Nationalsozialisten neigten ebenso zum Schulterschluss mit den Völkischen wie Ludendorff, der sich selbst immer noch an der Spitze der Bewegung sah. Demgegenüber war Hitlers Kurs einer bewussten Alleinstellung, um nicht majorisiert zu werden, weit schwerer zu

vermitteln. Am 24. Februar 1924 kam es zu einer offiziellen Vereinbarung zwischen beiden Parteien mit dem Ziel einer Vereinigung. Immerhin hatte Rosenberg im Sinne Hitlers noch einen Zusatz mit einer Befristung auf sechs Monate durchsetzen können.

Einen Tag später gab General Ludendorff eine Erklärung ab, dass er in dem ehemaligen Deutschnationalen und jetzigen DVFP-Abgeordneten Albrecht von Graefe seinen Repräsentanten in Norddeutschland sehe. Damit bestand die ganz konkrete Gefahr, dass Hitler zum nicht einmal wichtigsten Mitglied eines völkisch-nationalsozialistischen Triumvirats, bestehend aus Ludendorff, Graefe und ihm, reduziert werden würde. Als sich dies immer deutlicher abzeichnete, zog er aus seiner momentan stark eingeschränkten Handlungsfähigkeit die Konsequenz, niemandem mehr die Möglichkeit einzuräumen, sich auf seine Autorität zu berufen. In einer stark beachteten Presseerklärung ließ er am 7. Juli 1924 verkünden: »Herr Adolf Hitler teilt uns aus Landsberg mit, dass er die Führung der nationalsozialistischen Bewegung niedergelegt hat und sich auf die Dauer seiner Haft jeder politischen Tätigkeit enthält. Er zieht damit sämtliche von ihm ausgestellten persönlichen Vollmachten zurück und bittet, sich nicht mehr auf sie zu berufen. Herr Hitler bittet insbesondere seine ehemaligen Anhänger, von Besuchen in Landsberg künftig absehen zu wollen. Der Grund für diesen Entschluss liegt in der Unmöglichkeit, augenblicklich irgendeine praktische Verantwortung übernehmen zu können, sowie in der allgemeinen Arbeitsüberlastung. Herr Hitler schreibt zur Zeit an einem umfangreichen Buche und will sich so die dafür nötige freie Zeit sichern.«⁴⁰

Dieser Text zeigte den Taktiker Hitler wieder ganz auf der Höhe seiner Fähigkeiten. Zum einen dokumentierte er noch einmal vor aller Öffentlichkeit seinen Führungsanspruch, meldete zugleich seine Rückkehr nach der Haftentlassung an, machte bereits Werbung für »Mein Kampf« und stellte klar, dass niemand befugt war, in seinem Namen Anweisungen zu erteilen. Es kann aber auch sein, dass Hitler seine vorzeitige Haftentlassung im Auge hatte und sich deshalb zurückhielt. Tatsächlich ging die Zahl der Besucher in der Festungshaftanstalt Landsberg stark zurück. Die meisten nationalsozialistischen Führer, auch Rosenberg, der zuvor sehr regelmäßig angereist war, kamen überhaupt nicht mehr. Es folgte eine Phase der Machtkämpfe innerhalb und zwischen den rivalisierenden Organisationen, die sich personell überschneiden und deren Strukturen und Grenzen nicht immer klar erkennbar waren. Es gab noch mehrere Konferenzen zur Fusion der DVFP mit den Nationalsozialisten, doch blieben sie, obwohl die Opponenten der Vereinigung eindeutig in der Minderheit waren, letztendlich folgenlos.

Das Münchner Volksgericht hatte für Hitler eine Haftentlassung auf Bewährung nach sechs Monaten in Aussicht gestellt und diese Frist war am 30. September 1924 abgelaufen. Hitlers Anwalt Lorenz Roder war schon zuvor zweimal in Landsberg gewesen und auch in München bei den einschlägigen Behörden vorstellig geworden. Die Indizien dafür, dass Hitler sofort wieder für seine verbotene Partei aktiv werden würde, waren freilich überwältigend und entsprechend kritisch fiel die Stellungnahme der Staatsanwaltschaft aus, in der es unter anderem hieß, Hitler, Weber und Kriebel hätten »die ihnen gewährten außergewöhnlichen Freiheiten, insbesondere die Besuchsfreiheit ohne Überwachung, dazu missbraucht, die Verbände, die sie am 8. und 9. November 1923 zu ihrem hochverräterischen Unternehmen benützt hatten, neu zu organisieren«⁴¹. Doch auch diese Erkenntnis, die sich nicht zuletzt auf nationalsozialistische Publikationen stützte, focht das Gericht nicht an und am 20. Dezember 1924 war Adolf Hitler wieder ein freier Mann. Von seiner fünfjährigen Strafe hatte er gerade mal ein Jahr abgessen.

Die Gewährung von Bewährungsfristen war ein Instrument, das die bayerische Justiz damals mit extremer Willkür handhabte. Reichsamnestien wurden meist völlig ignoriert, rechtsradikale Verbrecher so rasch

wie möglich auf freien Fuß gesetzt, ihre Gegner dagegen mit äußerster Strenge behandelt. So wurde beispielsweise ein Delinquent zu sechs Jahren Haft verurteilt, weil er im Würzburger Arbeiterrat zwei Tage lang das Amt des Zeitungszensors ausgeübt hatte. Ihm erging es nicht besser als vielen seiner Leidensgenossen. Die Bewilligung einer Bewährungsfrist wurde abgelehnt und der arme Mann musste die sechs Jahre bis zum letzten Tag absitzen.

Zwei Wochen vor Hitlers Haftentlassung, am 7. Dezember 1924, hatten wiederum Reichstagswahlen stattgefunden. Sie zeigten, dass sich die erste Demokratie auf deutschem Boden nach den schweren Erschütterungen des Vorjahres bis zu einem gewissen Grad stabilisiert



Werbung des Münchner Eher Verlags für den ersten Band von Adolf Hitlers Buch »Mein Kampf«, 1925

hatte. Die Parteien der Weimarer Koalition konnten allesamt Stimmen dazugewinnen, am meisten die Sozialdemokraten. Insgesamt verbesserten sich Zentrum, DDP und SPD von 42,8 auf 49,6%. Die Kommunisten erlitten Verluste, ebenso die Nationalsozialisten, deren Listenverbindung mit den Völkischen von 6,5 auf 3% abstürzte. Hitler fühlte sich in der Überzeugung bestätigt, dass in seiner Abwesenheit keine Wahlerfolge erzielt werden konnten. Aber die Weimarer Koalition, die sogar eine komfortable Mehrheit der Abgeordneten hinter sich gehabt hätte, war damals längst zerbrochen. Stattdessen wurde unter dem früheren Essener Oberbürgermeister Hans Luther, der parteilos war und später der DVP beitrug, eine bürgerliche Rechtskoalition gebildet, der neben Zentrum, DDP und DVP erstmals auch die DNVP angehörte. Die Republik hatte sich wirtschaftlich stabilisiert, aber politisch hatten sich die Gewichte bereits so weit nach rechts verschoben, dass eine solche Regierungsbildung plausibel erschien. Es gehört zu den Absurditäten der jüngeren deutschen Geschichte, dass ausgerechnet aus diesen Wahlen, die die demokratischen Parteien eindeutig gestärkt hatten, die »erste offene Rechtsregierung« (Heinrich August Winkler) unter Beteiligung von Feinden der Republik hervorging.

Adolf Hitler hatte in seiner Rückzugserklärung vom 7. Juli 1924 mitgeteilt, dass er an einem »umfangreichen Buch« arbeite, und tatsächlich nutzte er die erzwungene Muße der Landsberger Festungshaft zur Abfassung des ersten Teils von »Mein Kampf«. Adolf Hitler war ein Redner, kein Schriftsteller. Die Rede stiftete die charismatische Beziehung zu seinen Anhängern. Das, was er bei seinen unzähligen Propagandareden vortrug, unterschied sich dabei nicht wesentlich von den Parolen anderer nationalistischer Führer jener Tage. Entscheidend war nicht, was er sagte, sondern, wie er es sagte. Ein ganz wesentliches Element seiner langen Reden war stets die sogenannte Parteierzählung, die Geschichte, wie die von ihm geführte Partei sich aus kleinsten Anfängen unter widrigsten Umständen langsam emporgearbeitet habe. Dies ist der wesentliche Inhalt des ersten Bandes von »Mein Kampf«, eine sorgfältig stilisierte, mit vielen Erfindungen angereicherte und in ihrer Wirkung optimierte Autobiografie. Der Kriegserzählung mit Hitlers Erlebnissen als angeblicher Frontkämpfer kam dabei eine ganz besondere Bedeutung zu. Sie war die Voraussetzung dafür, dass er sich zum Sprecher der Generation der Frontsoldaten machen konnte, zum Erlöser des deutschen Volkes, der durch den Kampf gegen den Vertrag von Versailles dem Tod von zwei Millionen deutscher Soldaten nachträglich einen Sinn verlieh.

»Mein Kampf« ist das einzige Buch, das Adolf Hitler je veröffentlicht hat. Der erste Band erschien im Juli 1925 im parteieigenen Eher Verlag.

Der zweite Band entstand in den Sommermonaten der Jahre 1925 und 1926 – Hitler zog sich dafür jeweils ins Berchtesgadener Land zurück – und kam Ende 1926 heraus. 1930 wurden beide Werke zu einer einbändigen Volksausgabe vereinigt, die im Lauf der Zeit eine Auflage von mehr als zehn Millionen Exemplaren erreichte, nicht gerechnet die vielen Übersetzungen in andere Sprachen. Die Honorare aus dem Verkauf machten Hitler zu einem sehr wohlhabenden Mann. Nach 1933 erfolgte die Verbreitung auch auf Kosten der öffentlichen Hand. In etlichen Städten und Gemeinden wurde das »Grundbuch der Bewegung« Brautpaaren bei der standesamtlichen Trauung als Geschenk überreicht, die Mehrheit der Kommunen lehnte dies allerdings aus Kostengründen ab. Damit die verschenkten Exemplare nicht im Antiquariatshandel landeten, veranlasste Hitler ein Gesetz, das den Verkauf seines Buches aus zweiter Hand verbot.⁴²

War der erste Band von »Mein Kampf« eine stark stilisierte Autobiografie gewesen, das Narrativ eines politischen Reifeprozesses, so brachte der zweite Band eine Zusammenfassung von Hitlers politischem Programm: die Vereinigung aller Deutschen, namentlich der Anschluss Österreichs, die Gewinnung der Arbeiterschaft für einen nationalen Sozialismus, die Vernichtung der jüdischen Gegenrasse als Vorbedingung für das Überleben der eigenen arischen Rasse, die Eroberung des für das deutsche Volk notwendigen Lebensraums im Osten und, um all dies möglich zu machen, die Überwindung von Meinungsstreit und Parteienhader zugunsten eines starken Staates, der auf dem germanischen Prinzip von Führer und Gefolgschaft beruhte.

Ein zentrales Kapitel im zweiten Band von »Mein Kampf« heißt »Ostorientierung oder Ostpolitik«.⁴³ Hitler entwickelt dort seine außenpolitische Konzeption. Der völkische Staat habe die Existenz der durch ihn zusammengefassten Rasse sicherzustellen. Die Tragekraft des Bodens ist dabei ein Aspekt, seine militärische Sicherung ein anderer. In Deutschland war nach Hitlers Überzeugung das Verhältnis von Volkszahl zu Grundfläche »jämmerlich beschaffen«. Deshalb glaubte er, dass »das deutsche Volk seine Zukunft nur als Weltmacht vertreten können« wird. Dazu aber musste als erste Voraussetzung das »Missverhältnis zwischen unserer Volkszahl und unserer Bodenfläche« beseitigt werden, musste das »Volk ohne Raum« Lebensraum gewinnen. Um diese Forderung durchzusetzen, bedurfte es eines weiteren Krieges. Daraus machte Adolf Hitler schon 1926 keinen Hehl: »Der Grund und Boden, auf dem dereinst deutsche Bauerngeschlechter kraftvolle Söhne zeugen können, wird die Billigung des Einsatzes der Söhne von heute zulassen.« Die entscheidende Frage war nur, wo dieser Eroberungskrieg zu führen war. Auch hier gab Hitler eine klare

Antwort: »Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Russland und die ihm untertanen Randstaaten denken.«

Hitler war davon überzeugt, dass Deutschlands Zukunft im Osten lag und nicht in Afrika: »Sorgt dafür, dass die Stärke unseres Volkes ihre Grundlagen nicht in Kolonien, sondern im Boden der Heimat in Europa erhält.« Russland, daran ließ er keinen Zweifel, war Deutschlands Hauptfeind: »Im russischen Bolschewismus haben wir den im zwanzigsten Jahrhundert unternommenen Versuch des Judentums zu erblicken, sich die Weltherrschaft anzueignen.« Die Koexistenz einer zweiten Kontinentalmacht neben Deutschland hielt Hitler für unmöglich, deshalb führte an der Konfrontation mit Russland kein Weg vorbei. Ziel deutscher Außenpolitik sollte weder West- noch Ostorientierung sein, »sondern Ostpolitik im Sinne der Erwerbung der notwendigen Scholle für unser deutsches Volk«.

Das war ein klares Kriegsprogramm, niedergelegt genau 15 Jahre vor dem Überfall auf die Sowjetunion. Hitler verlor dieses Ziel nie aus den Augen. Als er am 3. Februar 1933, erstmals nach seiner Ernennung zum Reichskanzler, vor deutschen Generälen sprach, erneuerte er die Forderung nach der Eroberung neuen Lebensraums im Osten. Das Zeitalter der koloniasatorisch tätigen Seemächte ging nach Hitlers Überzeugung seinem Ende entgegen. Nun ging es um die Beherrschung und Nutzbarmachung großer Landmassen in Europa. Deutschland werde entweder Weltmacht oder überhaupt nicht sein. Den »ewigen Germanenzug nach Süden und Westen« wollte Hitler stoppen. Die gegen Russland gerichtete Raumpolitik ist in »Mein Kampf« bereits klar konturiert, England und Italien waren mögliche Bündnispartner, der »jüdische Bolschewismus« der Hauptfeind. An diesem Programm hielt Hitler unerbittlich fest bis zu seinem Untergang.

Das Bekenntnis des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg zur Republik und Verfassung: die große Verfassungsfeier im Reichstag in Berlin, 11. August 1928, hier Blick in die Ehrenloge des Reichstages, von links: Reichswehrminister Wilhelm Groener, Reichspräsident Paul von Hindenburg, Reichsinnenminister Carl Severing 